xhain STACHEL

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Verkehrsberuhigung Bergmannstraße, Foto: Berthe Jentzsch

Verkehrssicherheit

Sicherheit auf unseren Straßen: eines der brennendsten Themen in Land und Bezirk.

55 Menschen sind 2024 im Berliner Straßenverkehr gestorben. Dazu ein Bericht von Antje Kapek auf der **letzten Seite**.

Bezirksstadträtin Annika Gerold macht sich im Gespräch für eine sozial gerechte Verkehrspolitik stark.
Doch die CDU kämpft weiterhin gegen die Verkehrswende. Beide Artikel findet ihr **auf Seite 6.**

Zum Irrsinn Weiterbau A100 findet ihr einen weiteren Bericht von Antje Kapek unter https://gruene-xhain.de/a100-verkehr-schaos-schlimmer-geht-immer/

Zukunft blockiert – Bilanz einer mutlosen Regierung

Berlin hat ein Problem und es heißt Schwarz-Rot. Seit zwei Jahren regiert Kai Wegner mit seiner CDU zusammen mit der SPD diese Stadt. Und das Ergebnis ist wie zu erwarten: Rückschritt, Chaos und gebrochene Zusagen.

Philmon Ghirmai Foto: B90/Grüne Berlin

Von seinem Wahlversprechen einer funktionierenden Stadt ist nicht viel übrig. Die Schlaglöcher mehren sich, Busse und Bahnen fahren unregelmäßig und auf Verschleiß und an sozialen und kulturellen Angeboten wird die Axt angelegt. Zum Leidwesen der Berliner*innen, insbesondere jener, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Die Kürzungspolitik des Senats trifft viele Bereiche besonders hart. In der Folge müssen soziale Einrichtungen, Clubs und andere Kulturstätten schließen. Kitaplätze fehlen, Frauenhäuser sind überfüllt, Therapieplätze kaum zu bekommen. Die Menschen, die am meisten Unterstützung brauchen, werden von Schwarz-Rot im Stich gelassen. Gleichzeitig wird die Stadt weiter in eine Betonwüste verwandelt, ohne Rücksicht auf bezahlbaren Wohnraum, Grünflächen oder soziale Gerechtigkeit. Die Kulturszene, die Berlin weltweit einzigartig macht, wird Stück für Stück ausradiert. Das trifft nicht nur die Besucher*innen, sondern vor allem diejenigen, die diese Stadt mit ihrer Kunst lebendig halten. Passend dazu hatten wir es in den letzten Jahren mit einem konservativen Backlash zu tun: Politische Bildungsarbeit wird vom Senat diskreditiert, Antidiskriminierung und Geschlechtergerechtigkeit verhöhnt und das Ganze garniert mit dem Versuch, die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung unter die politische Kontrolle des Senats zu bringen.

Berlin kann sozial. Aber nicht mit dieser Regierung

Auch der ÖPNV steht vor dem Kollaps. Die strukturelle Unterfinanzierung sorgt für überlastete Busse und Bahnen, ständige Verspätungen und Ausfälle. Doch statt in den Erhalt, die Sanierung und den Ausbau zu investieren, lässt Schwarz-Rot Berlins Infrastruktur weiter verfallen und hält am Milliardengrab des Weiterbaus der A100 fest. Wer jetzt Investitionen in die Schiene blockiert oder den Ausbau von Radwegen zurückdreht, sorgt dafür, dass Berlin weiter im Stau steht.

Denn die Radinfrastruktur bleibt auf der Strecke. Statt der großspurig angekündigten 100 Kilometer Radweg wurden im letzten Jahr gerade einmal 23,3 Kilometer gebaut. Wir brauchen endlich sichere Straßen und Fahrradwege für alle, damit etwa auch Kinder, Familien und Senior*innen sicher unterwegs sein können. Doch Schwarz-Rot verspielt mit jedem Tag diese Chance – aus ideologischer Trägheit und mit mutloser Politik.

„Lizenz zum Vermieten“ gegen die Profitgier

Wohnen ist nach wie vor die zentrale soziale Frage in unserer Stadt. Während die Mieten in Berlin weiter steigen, verfallen vielerorts die Gebäude und bezeugen, wie gerade Großvermieter*innen ihrer Verantwortung für die Instandhaltung nicht nachkommen. Es braucht endlich eine politische Neuausrichtung, die Mieter*inneninteressen über die Gewinnmaximierung stellt. Wir dürfen uns nicht länger von unfairen und nur profitgetriebenen Immobilienbesitzer*innen auf der Nase herum tanzen lassen. Das schadet Berlin, den Mieter*innen und auch den fairen Vermieter*innen. Wir fordern mit der „Lizenz zum Vermieten“ klare Regeln für das, was ohnehin selbstverständlich sein sollte: Eigentum verpflichtet – auch auf dem Wohnungsmarkt. Diese Lizenz erhalten Vermieter*innen nur, wenn sie Transparenz über ihren Wohnungsbestand, aktuelle Mietzinse und Besitzverhältnisse herstellen und wenn sie soziale Auflagen erfüllen.

Symbolpolitik vor Sozialpolitik

Wie schamlos der Senat der Symbolpolitik gegenüber wirkungsvoller sozialer Politik den Vorrang gibt, zeigt auch das folgende Beispiel. Weil wir uns in Friedrichshain-Kreuzberg einem populistischen Lieblingsprojekt der CDU – nämlich der Umzäunung des Görlitzer Parks – entgegenstellen, wurde ein umfassender Antrag zur Förderung des gesamten Quartiers rund um den Park vom CDU-geführten Senat abgelehnt. Die Absage richtet sich gegen die Entstehung und Stärkung von sozialer Infrastruktur, bezahlbaren Wohnungen, Spielplätzen für die Kleinsten und einem neuen Zentrum für Kultur und Freizeit, sowie Maßnahmen gegen Verelendung und sogar der Neugestaltung des Raums um den geplanten Synagogenneubau am Fraenkelufer. Wer Angebote für die Menschen vor Ort davon abhängig macht, ob sie politisch gefügig sind, befindet sich auf einem politischen Irrweg.

Für ein Berlin, das allen gehört

Die Mehrheit der Berliner*innen will soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und eine moderne, weltoffene Metropole. Berlin kann nachhaltig. Berlin kann sozial. Berlin kann Kultur. Berlin kann Freiheit. Berlin kann Hauptstadt. Aber dafür braucht es eine Regierung, die für die Menschen dieser Stadt arbeitet – und zwar für alle.

Wir Grüne werden weiter dafür kämpfen, dass unsere Stadt Schwarz-Rot nicht zum Opfer fällt. Wir wissen: Eine andere Politik ist möglich. Eine Politik, die Innovation statt Rückschritt, soziale Gerechtigkeit statt Spaltung und mutige Lösungen statt verstaubte Ideologien wählt. Jetzt erst recht!

■ *Philmon Ghirmai, Landesvorsitzender B90/Die Grünen Berlin*

Inhalt

Wahlrecht und Demokratie	2
Eva-Mamlok- statt Blücherplatz	3
10 Jahre Silvio-Meier-Preis	3
Öffentlicher Raum	4
Clubs bedroht	4
Sicherheit, Görli und Kotti	5
Sexismus unter Frauen	5
Mobilität	6
Stadtentwicklung	7
Stadtentwicklung und Wohnen	8–9
Impressum	9
Klima und Umwelt	10
Bildung und Kultur	11
Verkehrssicherheit	12
Klimaschädliche Subventionen	12

Wahlrecht für alle

Demokratie endet nicht beim Pass

Unser Bezirk lebt vor, was viele noch für utopisch halten: eine offene, solidarische Gesellschaft, in der Herkunft oder Pass keine Rolle spielen. Aber ohne gleichberechtigte politische Teilhabe und ohne Wahlrecht bleibt diese Vielfalt unvollständig.

Etwa 30,4 % der Berliner Bevölkerung haben keinen deutschen Pass und dürfen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag nicht mitentscheiden. In Friedrichshain-Kreuzberg liegt dieser Anteil mit 36,6 % sogar deutlich darüber.

Kommunales Wahlrecht. Aber nicht für alle

Das ist ein strukturelles Demokratiedefizit. Zwar dürfen EU-Bürger*innen in Berlin wenigstens bei den Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben, aber Menschen aus Ländern wie der Türkei, Syrien oder Vietnam, die oft seit vielen Jahren hier leben, Steuern zahlen, in Schulen, Kitas und Vereinen aktiv sind, werden systematisch von der politischen Teilhabe ausgeschlossen.

In Zeiten des Rechtsrucks braucht es eine klare Antwort: Demokratie muss inklusiv sein und zwar für alle, die hier leben. Denn wer Teil der Gesellschaft ist, muss auch Teil der Demokratie sein.

Auch junge Menschen werden ausgeschlossen

Ein weiteres Demokratiedefizit betrifft junge Menschen. Zwar ist in Berlin mittlerweile realisiert worden, dass schon mit 16 Jahren bei der Abgeordnetenhauswahl gewählt werden darf: ein Fortschritt! Aber längst nicht genug. Junge Menschen haben in den letzten Jahren z.B. mit Fridays for Future gezeigt, dass sie Verantwortung übernehmen, auch wenn sie deutlich jünger als 16 Jahre alt sind. Also warum sollten sie aus der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen werden?

Initiativen wie „Nicht ohne uns 14 %“ machen Druck

Die Initiative “Nicht ohne uns 14 %” setzt sich für ein Wahlrecht für alle ein und hat in den vergangenen Jahren über Anhörungen im Berliner Abgeordnetenhaus und zahlreiche öffentliche Aktionen viel Aufmerksamkeit erzeugt.

Das Fehlen eines klaren politischen Willens seitens des schwarz-roten Senats, diese Forderungen zu unterstützen, ist nicht nur enttäuschend, sondern zeigt, dass er die Realität dieser Stadt verkennt.

Historische Kämpfe für das Wahlrecht gehen weiter

Der Ausschluss von Millionen von Menschen aus der politischen Mitbestimmung erinnert an die historischen Kämpfe für das Wahlrecht, etwa für Frauen oder für Menschen ohne Eigentum. Die Frauenbewegung hat jahrzehntelang für das Wahlrecht gekämpft und schließlich im Jahr 1918 einen entscheidenden Sieg errungen, als Frauen endlich in Deutschland wählen durften. Auch in vielen anderen Ländern wurden grundlegende Rechte nur durch zähe politische Kämpfe erzwungen. Diese historischen Erfahrungen zeigen: Demokratische Rechte sind nie selbstverständlich, sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und ausgeweitet werden. Heute, im Jahr 2025, stehen wir erneut vor der Herausforderung, eine vollständige, inklusive Demokratie zu verwirklichen. Der Kampf für das Wahlrecht für alle

Enad Altaweel Foto: B90/Grüne Berlin

ist nicht nur ein Kampf für mehr Gerechtigkeit, sondern ein notwendiger Schritt, um unsere Demokratie zu schützen.

Unsere Forderung: Demokratie für alle, jetzt!

Was es jetzt braucht: Ein Wahlrecht auf allen Ebenen für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben.

Bis dahin sollte die Einbürgerung erleichtert werden und das Land Berlin sollte so viele Menschen wie möglich einbürgern. Die Zentralisierung der Einbürgerungen beim Landesamt für Einwanderung ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Doch Schwarz-Rot plant jetzt in ihrem Koalitionsvertrag auf Bundesebene, Teile des neuen Staatsangehörigkeitsrechts rückgängig zu machen.

Der Weg nach vorn

Laut Grundgesetz gilt das Wahlrecht auf Bundesebene nur für deutsche Staatsangehörige.

Die rechtliche Herausforderung liegt also darin, dass eine Änderung des Wahlrechts auch auf Landesebene höchstwahrscheinlich eine Grundgesetzänderung erfordert. Während einige Länder, wie etwa Spanien oder Neuseeland, längst weitergehende Wahlrechtsreformen umgesetzt haben, liegt Deutschland auf diesem Gebiet weit zurück.

Wir brauchen weiterhin eine starke zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich mit Initiativen und politischen Forderungen Gehör verschafft. Es geht darum, mehr Menschen für das Thema zu sensibilisieren, öffentliche Anhörungen und Diskussionen zu fördern und das Demokratieverständnis der politischen Entscheidungsträger*innen zu hinterfragen, wenn so viele Menschen, deren Lebensmittelpunkt hier liegt, nicht mitentscheiden dürfen.

■ *Enad Altaweel, Sprecher für Vielfalt und Antidiskriminierung, Landesverband B90/Die Grünen Berlin*

Kinder grillen das Bezirksamt

Bitte mehr davon!
Fragealter auf 0 Jahre gesenkt

Erstmals haben Kinder die Einwohner*innenfragestunde im Bezirksparlament genutzt. Mehrere mutige Schülerinnen der Lemgo-Grundschule haben Stadtrat Andy Hehmke zu den Kürzungen an ihrer Schule befragt. Nach Einsparungen des Senats sollen dort eine Stelle in der Bibliothek und eine in der Sozialarbeit wegfallen. Leider konnte Andy Hehmke (SPD) dazu keine konkreten Zusagen machen – hier kämpfen wir gemeinsam gegen die Sparpolitik von CDU und SPD auf Landesebene.

Hintergrund: Auf Initiative der Grünen Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung hin wurde im vergangenen Jahr das Mindestalter für Fragen an das Bezirksamt auf 0 Jahre gesenkt. Zuvor durften Fragen erst ab 16 Jahren gestellt werden. Das ist ein erster Schritt auf dem Weg zu mehr Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk. Ein nächster wird die Einführung einer Kinder- und Jugend-Interessensvertretung sein. Denn klar ist: Politik betrifft alle – unabhängig vom Alter.

Wir rufen deshalb alle Kinder im Bezirk auf: Stellt uns eure Fragen – wir freuen uns auf euch!

■ *Vito Dabisch, Bezirksverordneter (Grüne)*

Progressiv statt konservativ

Muslimische Wählerschaft in Deutschland

Kübra Beydaş

Von der Hausbesetzung bis zur Klimabewegung: Türkeistämmige Communities in Kreuzberg fordern längst mit Nachdruck eine gerechte, mutige Politik. Die Zeit der folkloristischen Wahlversprechen ist vorbei.

Friedrichshain-Kreuzbergs Straßen erzählen Geschichten von Migration und Widerstand. Türkeistämmige Menschen, die einst als „Gastarbeiter*innen“ schweigend die Wirtschaftskraft Westdeutschlands stützten, haben sich längst aus ihrer politischen Unsichtbarkeit befreit. Die Hausbesetzer*innenbewegung der 1980er Jahre, bei der türkeistämmige Jugendliche Seite an Seite mit deutschen Punks leerstehende Häuser in Kreuzberg besetzten, markierte einen ersten Wendepunkt. Spätestens die Proteste nach den rassistischen Pogromen von Rostock-Lichtenhagen 1992 machten deutlich: Diese Community lässt sich nicht länger marginalisieren.

Heute, drei Generationen später, zeigt sich ein komplexes und überraschend progressives politisches Bild. Entgegen dem weitverbreiteten Klischee einer konservativ-christdemokratisch geprägten Wählerschaft unter deutschen Muslim*innen offenbaren aktuelle Erhebungen eine bemerkenswerte politische Vielfalt.

Laut Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen vom 23. Februar 2025 verteilen sich die Stimmen wie folgt:

- Linke: 29 %
- SPD: 28 %
- BSW: 16 %
- CDU/CSU: 12 %
- AfD: 6 %
- B90/Grüne: 4 %

Die Linke und SPD kommen zusammen auf eine absolute Mehrheit von 57%. Besonders bemerkenswert: Der geringe Stimmenanteil für die AfD – ein deutliches Signal gegen rechtspopulistische Vereinnahmungsversuche.

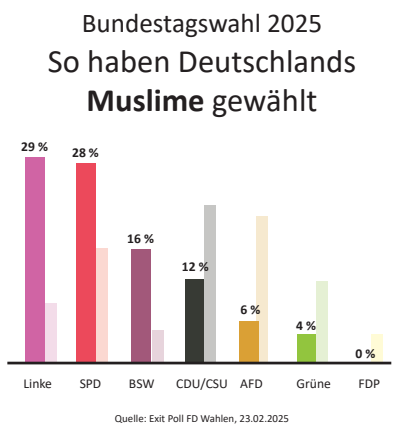
Von der Werkbank in die Politik

Dieser Wandel geschah nicht über Nacht. In den 1990er Jahren galt die CDU mit ihrem Ruf als „Partei der Ordnung“ für viele in der ersten Generation türkischer Einwander*innen noch als politische Heimat. Doch die Enkel*innen dieser Wähler*innen – oft akademisch gebildet und geprägt von Erfahrungen mit Alltagsrassismus – stellen heute andere Fragen und fordern neue Antworten.

Kreuzberger Initiativen wie „Kreuzberg hilft“ oder das Engagement türkeistämmiger Aktivist*innen in der Klimabewegung zeigen: Soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sind keine exklusiv „deutschen“ Themen, sondern universelle Anliegen. Die „Grüne Moschee“ in der Oranienstraße, in der Imam Ender Çetin Umweltschutz als religiöse Pflicht predigt, steht exemplarisch für diesen Perspektivwechsel.

Neue Erwartungen an politische Angebote

Das veränderte Wahlverhalten spiegelt einen grundlegenden Wandel der



politischen Erwartungen wider. Symbolpolitik reicht längst nicht mehr – gefragt sind konkrete Lösungsansätze, die der komplexen Realität migrantischer Communities gerecht werden. Besonders drei Themen stehen dabei im Fokus:

- Wohnungsfrage: In einem Bezirk, in dem 32 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben, trifft die Mietpreiskrise migrantisch geprägte Nachbarschaften besonders hart.
- Bildung: Noch immer erreichen nur 19 % der türkeistämmigen Jugendlichen die Hochschulreife – gegenüber 43 % in der Gesamtbevölkerung.
- Rassismus im Alltag: 58 % der Türkeistämmigen berichten von regelmäßigen Diskriminierungserfahrungen. Ein strukturelles Problem, das politisch entschieden angegangen werden muss.

Besondere Aufmerksamkeit erhalten politische Konzepte, die ökologische und soziale Herausforderungen zusammendenken. Erfolgversprechend sind dabei Ansätze, die:

- Mehrsprachige Kommunikation als Selbstverständlichkeit begreifen
- Die Vielfalt an Lebenserfahrungen politisch sichtbar machen
- Lokale migrantische Selbstorganisationen als gleichwertige Partner*innen einbinden

Diese Haltung verlangt ein differenziertes Verständnis der Communities – jenseits pauschaler Zuschreibungen. Die Spannbreite reicht von säkular-akademischen Milieus bis zu religiös-konservativen Unternehmerkreisen, mit jeweils eigenen Anliegen und Prioritäten.

Folgen für die politische Landschaft

Die Entwicklungen zeigen deutlich: Parteien, die weiterhin auf vereinfachte Kulturdialoge oder symbolische Gesten setzen, verlieren an Überzeugungskraft. Stattdessen gewinnen ganzheitliche, sozial-ökologische Konzepte an Bedeutung, die strukturelle Benachteiligungen abbauen und zugleich positive Zukunftsperspektiven entwickeln.

In Stadtteilen wie Kreuzberg wird längst erprobt, wie ökologische Modernisierung und soziale Gerechtigkeit zusammen gedacht und umgesetzt werden können. Diese Erfahrungen könnten richtungsweisend für einen Politikansatz sein, der Migration nicht als Sonderfall, sondern als selbstverständlichen Bestandteil gesellschaftlicher Entwicklung begreift.

Ein Blick nach vorn

Die Zeiten, in denen Parteien türkeistämmige Wähler*innen mit leeren Versprechen und folkloristischen Symbolen gewinnen konnten, sind vorbei. Die jüngere Generation fordert substanziellere, mutigere und gerechtere Politik – und wird diese Forderung auch an der Wahlurne deutlich machen. In Friedrichshain-Kreuzberg zeigt sich schon jetzt, wie soziale und ökologische Fragen gemeinsam gedacht werden können. Diesen Weg konsequent weiterzugehen – gegen die rückwärtsgewandte Rhetorik einer neu aufgelegten „GroKo“ – wird eine der entscheidenden Herausforderungen der kommenden Jahre.

■ *Kübra Beydaş, Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss, Grüne Xhain*

Umbenennung Blücherplatz in Eva-Mamlok-Platz

Gastbeitrag: Ein Platz für eine jüdische Widerstandskämpferin

Der Blücherplatz am Halleschen Tor könnte bald Eva-Mamlok-Platz heißen, wenn es nach einer Initiative von UpStad e.V. geht, die von den BVV-Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und SPD unterstützt wird.

2024 wurde im Friedrichshain-Kreuzberg Museum eine Ausstellung über die Gruppe Eva Mamlok gezeigt, eine Widerstandsgruppe junger jüdischer Frauen aus Berlin in der Zeit des Nationalsozialismus, die bis dahin kaum bekannt war. Die Ausstellung fand ein nachhaltiges Echo. Der auf dem Dragonerareal aktive Verein Upstadt e.V. entwickelte nach dem Ausstellungsbesuch die Idee, den Blücherplatz am Halleschen Tor nach Eva Mamlok umzubenennen. Der von drei Fraktionen unterstützte Antrag hat gute Aussichten schon bald befürwortet und umgesetzt zu werden. Upstadt e.V. hat sich 2021 gegründet, um in den ehemaligen Pferdeställen der Garde Dragoner am Mehringdamm den Geschichts- und Lernort Kreuzberg (GLOX) einzurichten (https://upstadt.de).

Mit Eva Mamlok (1918 – 1944) würde am Halleschen Tor eine Persönlichkeit geehrt, die sich mutig der Gewalt- und Terrorherrschaft der Nazis widersetzte. Sie lebte in der Neuenburger Straße ganz in der Nähe. Schon als Jugendliche stellte sie sich gegen Hitler und dessen menschenverachtende Politik. Ihre erste Widerstandsaktion fand am Blücherplatz statt: Dort kletterte sie auf das Dach des Warenhauses Tietz (ehemals Jandorf, heute Poco) und schrieb weit sichtbar „Nieder mit Hitler“ darauf. Das war 1932 oder 1933. Tietz wurde später durch ‚Arisierung‘ und Entrechtung enteignet. Mit der Platzbenennung würde nicht nur die jüdische Widerstands-

kämpferin Eva Mamlok geehrt, sondern auch der Widerstand von Frauen und Jüd*innen in Berlin insgesamt. Sie sind in Berlin bei Straßenbenennungen bisher wenig gewürdigt wurden. Ausnahmen bilden der Alice und Hella Hirsch-Ring in Lichtenberg und die Herbert Baum-Straße in Weißensee.

Blücher kann weg

Am 7.4.1884 wurde der Platz nach Gebhard Leberecht von Blücher, Fürst von Wahlstatt (1742–1819) benannt. Blücher führte als Feldmarschall in der Schlacht bei Belle-Alliance/Waterloo am 18.6.1815 die preußische Armee zum Sieg der Alliierten Russland, Preußen, Großbritannien und Österreich über Frankreich. Der Mythos des angeblichen „Erbfeindes Frankreich“ hielt sich danach bis in die 1950er Jahre. Es ist sinnvoll und begrüßenswert, bei der Benennung von Straßen und Plätzen neue Schwerpunkte zu setzen, die sich an heutigen Werten wie Antifaschismus und Ablehnung von Nationalismus orientieren. Namen wie der von Blücher, der weiterhin durch die 1,15 km lange Blücherstraße im Bezirk, zwei weitere in Steglitz-Zehlendorf und ein Denkmal Unter den Linden sehr präsent ist, spiegeln eine alte, militaristisch geprägte und frankreichfeindliche Benennungspraxis wider.

Von der Umbenennung wären nur drei Grundstücke betroffen: Die Amerika-Gedenkbibliothek (Blücherplatz Nr. 1), würde mit dem Eva-Mamlok-Platz eine Adresse bekommen, die von Leitung, Mitarbeiter*innen und Freundeskreis begrüßt wird. Hier könnte auch ein Erinnerungs- und Informationsort an Eva Mamlok und den Berliner jüdischen Widerstand entstehen. Außerdem das Gebäude, in dem das Restaurant Split und der Optiker Apollo untergebracht sind (Nr. 2), sowie Poco-Domäne (Nr. 3), eben jenes Gebäude, das mit der ersten Widerstandsaktion von Eva Mamlok eng verbunden ist.

Kurzbiografie von Eva Mamlok

Eva Mamlok wurde am 6. Mai 1918 in Berlin als Kind jüdischer Eltern geboren. Sie wuchs mit ihrer Schwester in Kreuzberg auf und war früh politisch aktiv – als Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und nach deren ZejoyDanke schön! ng 1933 im illegalen Widerstand. Mit 13 oder 14 Jahren wurde Eva Mamlok erstmals kurzzeitig verhaftet, weil sie „Nieder mit Hitler“ auf das Dach des Kaufhauses am Halleschen Tor geschrieben hatte. Wegen ihres Alters ließ man sie jedoch laufen. Als sie im November 1934 Blumen am Grab von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ablegte, wurde sie erneut verhaftet. Bis Mai 1935 kam die nun 16-Jährige in ‚Schutzhaft‘ ins Frauen-KZ Moringen. Nach ihrer Entlassung setzte sie ihre Widerstandstätigkeit unbeirrt fort.

Am 3. September 1939 wurde ihre Tochter Tana geboren, über deren Vater nichts bekannt ist. Ab 1941 musste Eva Zwangsarbeit bei Butzke in der heutigen Lobeckstraße leisten. Dort baute sie eine jüdische Frauenwiderstandsgruppe auf. Die jungen Frauen verteilten Flugblätter, schrieben Parolen an Hauswände und verliehen verbotene Bücher an nicht-jüdische Kollegen. Im September 1941 wurden sie denunziert und verhaftet. Mit zwei anderen Frauen der Gruppe wurde Eva Mamlok am 13. Januar 1942 nach Riga deportiert. Auch dort leistete sie weiter Widerstand. Evas Mutter und Tante wurden am 19. Oktober 1942 von Berlin ebenfalls nach Riga verschleppt und dort ermordet. Evas dreijährige Tochter kam erst ins Jüdische Waisenhaus und wurde schließlich am 29. November 1942 nach Auschwitz deportiert.

Eva Mamlok starb am 23. Dezember 1944 im KZ Stutthof, wohin sie im Oktober 1944 von Riga aus transportiert worden war. Stolpersteine in der Neuenburger Straße erinnern an sie und ihre Familie. »Ich hatte so jemanden noch nie getroffen. Sie war schön und lebenslustig ... Sie konnte die ganze Dreigroschenoper auswendig und sang sie bei der [Zwangs-]Arbeit an der Drehbank.« (Inge Berner, einzige Überlebende der Gruppe, in einem Interview mit der von Steven Spielberg gegründeten USC Shoah Foundation)

■ *UpStadt e.V.: Martin Düspohl und Bertram Dudschus*

Fotos:
Privatarchiv Pieter Siemsen, zur Verfügung gestellt von Wolfgang Kaleck
Dragoner am Blücherplatz vor dem heutigen Poco-Kaufhaus – damals Jandorf. Quelle: FHXB-Museum

Ein Zeichen in dunklen Zeiten

10 Jahre Silvio-Meier-Preis

Mit dem Silvio-Meier-Preis, der in diesem Jahr am 4. Juli zum zehnten Mal verliehen wird, unterstützen und ehren die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt von Friedrichshain-Kreuzberg das Engagement von Menschen und Gruppen, die sich in unserem Bezirk aktiv gegen soziale Bevormundung, Entmündigung, Diskriminierung, soziale und kulturelle Ausgrenzung, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und andere Formen menschenfeindlicher Einstellungen einsetzen oder eingesetzt haben. Und die wir heute notwendiger denn je brauchen.

Noch nie wurden in Berlin so viele Vorfälle rechter und menschenverachtender Propaganda und Gewalt erfasst wie im Jahr 2024: Die Berliner Register dokumentierten insgesamt 7.720 Meldungen. Und auch für unseren Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dokumentiert die Registerstelle mit 587 Vorfällen eine deutliche Steigerung.

Ein Blick zurück nach vorn

Eine neue extrem rechte Jugendkultur mit ästhetischem Bezug zu den 1990er Jahren bedroht wieder Menschen, die nicht in das extrem rechte Weltbild passen. Die Neonazis gewinnen dabei durch Kampfsporttrainings und organisierte gewaltvolle Angriffe an Selbstbewusstsein und beanspruchen verstärkt öffentliche Räume für sich. Neonazis und rechte Jugendgruppen griffen gezielt Aktivist*innen, Medienvertreter*innen und Politiker*innen an. Zudem verbreiteten sie rechte Propaganda und Einschüchterungen im öffentlichen Raum. So wurde insbesondere Friedrichshain vermehrt zum Schauplatz für extrem rechte Drohgebärden: Mehrfach versuchte die extreme Rechte durch Friedrichshain zu ziehen und wollte dabei insbesondere die linke oder alternative (Sub)Kultur ins Visier nehmen. Diffamierung und Gewalt gegen politische Gegner*innen oder Menschen, die sich für eine offene Gesellschaft engagieren oder nicht in ihr Weltbild passen, haben extrem zugenommen. Das Ziel: Menschen einzuschüchtern und sie dazu zu bringen, ihr zivilgesellschaftliches Engagement zu beenden. Um so beunruhigender, dass inzwischen auch CDU, FDP und BSW diese Entwicklungen ignorieren. Sie diffamieren zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts, stellen finanzielle Unterstützung in Frage, übernehmen rechte Narrative und machen sie damit „gesellschaftsfähig“. Und sowohl die Strafverfolgungsbehörden als auch die mediale Öffentlichkeit scheinen auf dem rechten Auge blind zu sein.

Silvio Meier

All dies erinnert fatal an die 90er Jahre. Und an das „Schicksal“ von Silvio Meier. Am 21. November 1992 wurde der 27-jährige Silvio Meier im U-Bahnhof Samariterstraße in Friedrichshain erstochen. Die Polizei sprach damals von einem Streit zwischen Jugendgruppen. Ein politischer Hintergrund wurde geleugnet. In Wahrheit aber waren die Täter jugendliche Neonazis. Silvio Meier wurde so nicht nur zu einem Opfer rechter Gewalt, sondern darüber hinaus zu einem Symbol für den Kampf gegen Rechts. Gegen die Ignoranz, Leugnung und fehlende Anerkennung der Gefahr rechter Gewalt durch den Staat und seine Repräsentant*innen. Doch nicht nur sein gewaltsamer Tod, sondern mehr noch sein Leben und politisches Wirken, das mutige Eintreten gegen jede Form von Dogmatismus, Entmündigung, Zwangsherrschaft und soziale Exklusion machen Silvio Meier zu einem herausragenden Beispiel zivilgesellschaftlichen Engagements. Er war unter anderem in der Friedens- und Menschenrechtsbewegung der DDR aktiv, gehörte zu den Mitbegründern der „Kirche von unten“, organisierte Konzerte verbotener Bands, war aktiv an der Vorbereitung der legendären Frühlingsfeste der Berliner Punks beteiligt und gehörte auch nach der Wende zur frühen Antifa- und Hausbesetzer*innenszene in Friedrichshain.

Der Preis und wie mensch ihn bekommt

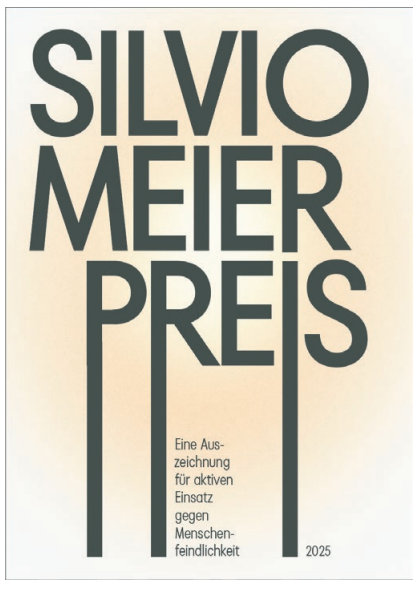
Mit dem Silvio-Meier-Preis ehrt der Bezirk Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen oder Projekte, die sich im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aktiv gegen soziale Bevormundung, Entmündigung, Diskriminierung, soziale und kulturelle Ausgrenzung einsetzen oder eingesetzt haben. Außerdem werden herausragende Handlungen oder das Zeigen von Zivilcourage gegenüber rechtsextremistisch und rassistisch motivierter Gewalt oder Aktionen geehrt. Vorschläge, wer 2025 mit dem Preis ausgezeichnet werden soll, können bis zum 18. Mai eingereicht werden.

Hierzu sind nur eine schriftliche Beschreibung und Begründung für die Bewerbung bzw. der Vorschlag nebst Kontaktdaten der Vorgeschlagenen einzureichen unter: silvio-meier-preis@ba-fk.berlin.de

Ausgewählt werden die Preisträger*innen von einer unabhängigen Jury, aus Vertreter*innen von Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung, von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Institutionen sowie Freunde und Wegbegleiter*innen von Silvio Meier. Und wir würden uns gerade in diesem 10ten Jahr der Verleihung des Silvio-Meier-Preises und der derzeitigen gesellschaftlichen Situation sehr freuen, wenn Eure zahlreichen Vorschläge zum Zeichen eines aktiven und ungebrochenen Widerstands gegen die beunruhigenden Entwicklungen der letzten Jahre werden würden.

Die Preisverleihung

Die öffentliche Ehrung und Verleihung erfolgt nicht am Todestag Silva Meiers, sondern am 4. Juli um 18.00 Uhr im Jugend[widerstands]museum in der Rigaer Straße 9 in Friedrichshain. Damit wird an den Kirchentag von Unten in Ostberlin im Juni 1987 erinnert.



Dieser war für Silvio Meier und die Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung in der DDR einer ihrer größten politischen Erfolge. Insbesondere Angehörige, Freund*innen sowie die in der Jury vertretenen Initiativen sind der Meinung, dass nicht Silvios gewaltsamer Tod, sondern sein Engagement, seine Kreativität, sein Mut und sein Umgang mit politischen Missständen als Basis für die Preisverleihung erkennbar sein sollen.

Und an Euch und euren Vorschlägen liegt es nun, wer in diesem Jahr mit dem Silvio Meier Preis 2025 geehrt wird. Lasst uns ein Zeichen setzen!

■ *Werner Heck, Bezirksverordneter (Grüne)*

Vom Kiez zum öffentlichen Raum

Neue Wege für Partizipation und Nachbarschaft – Ein Gespräch mit dem Architekten und Community-Organizer Fiete Rohde

Fiete Rohde *Foto: KIEZconnect*

Der selbstständige Architekt, Prozessdesigner und Community Organizer Fiete Rohde lebt in Kreuzberg und engagiert sich für die Stärkung aktiver Nachbarschaften. Er ist Gründer und Vorstandsmitglied von KIEZconnect e.V., Co-Initiator des Netzwerkbündnisses „Berlin für Alle“ sowie Initiator der bundesweiten Kampagne zur „Nachbarschaftswende“. Vor Ort in Kreuzberg hat er die Initiative Reichenberger Kiez für alle, die 2023 den Nachbarschaftspreis Berlin gewonnen hat, mitbegründet. Fiete sucht und erprobt neue Formate für „Mitmach-Quartiere“, bei denen neben den Anwohner*innen auch Politik und Verwaltung aktiv eingebunden werden sollen. Im Klimabeirat von Xhain ist er eine laute Stimme.

*Im Klimabeirat sagtest du viele Menschen hätten überhaupt keine Lust auf ihre Nachbar*innen . Du würdest keine Zwangsbeglückung machen. Wie überwindet ihr Widerstände? Wie geht ihr mit Widerständen um? Was ist ohne Zwangsbeglückung möglich?*

Fiete Rohde: Zwangsbeglückung – was für ein Wort. Ich denke nicht in solchen Kategorien. In Berlin hat jede*r das Recht, anonym zu leben – und das ist auch gut so. Aber viele wünschen sich gleichzeitig mehr Begegnung, Gemeinschaft, Zugehörigkeit. Gerade jetzt, wo Einsamkeit epidemisch wird, ist das Bedürfnis nach Miteinander groß. Der Ort, an dem man lebt, ist die unterste Stufe der Demokratie – hier entscheidet sich, wie wir zusammenleben. Widerstände sind kein Problem – sie zeigen, wo Bedürfnisse liegen. Beim Kiezblock im Reichenberger Kiez haben wir viele Perspektiven integriert, auch kritische. Das hat den Prozess verbessert. Niemand muss sich engagieren. Aber alle dürfen. Dafür braucht es Räume, in denen man selbstwirksam handeln kann – ohne Barrieren. Nicht jede*r muss beim Straßenfest helfen. Aber jede*r sollte sehen können: Engagement ist möglich – und gewollt. Sichtbarkeit ist Einladung. Beteiligung beginnt beim Dürfen, nicht beim Müssen.

Man sagt, Berlin ist ein Dorf. In Dörfern gibt es im Zentrum einen Schaukasten, wo Informationen aushängen. Kommt daher deine Idee für ein riesiges Schwarzes Brett in verschiedenen Kiezen? Welche Erwartungen hast du an Selbstorganisation? Wie kann man vermeiden, dass an so einer Wand nicht nur Poster für Konzerte und viel Graffiti zu sehen sind?

Fiete Rohde: Genau daher kommt die Idee – oder besser: aus dem Mangel. In Dörfern weiß man, was läuft. In der Stadt meist nicht. Ohne Infos, keine Beteiligung. Das Schwarze Brett ist ein demokratisches Werkzeug: Es zeigt, was passiert, was möglich ist – und lädt ein. Selbstorganisation funktioniert, wenn Menschen sich ernst genommen fühlen. Deshalb: Die großen Tafeln müssen von unten betrieben werden – nicht vom Amt. Wenn etwas von Nachbar*innen für Nachbar*innen gemacht wird, wird es meist respektiert. Und wenn mal ein Sticker draufkommt? Gehört dazu. Der öffentliche Raum lebt – gutes Design lädt zur Mitgestaltung ein. Starre Strukturen schrecken ab, wandelbare laden ein. Jedes Festival hat Schwarze Bretter – warum nicht auch der Alltag? Für mich ist das Schwarze Brett ein demokratischer Spiegel. Es zeigt, was uns wichtig ist – und holt uns raus aus der Online-Filterblase hinein in die Realität: greifbar, ungeschönt, öffentlich. Plattformen wie nebenan.de sind ein guter Anfang – aber Gemeinschaft entsteht nicht am Bildschirm, sondern im öffentlichen Raum.

Im Reichenberger Kiez wohnen mehr als 45.000 Menschen – das zählt schon als Mittelstadt. Müsste man Kieze noch weiter runterbrechen, um eine aktive Nachbarschaft herzustellen? Wie viele Aktive seid ihr in der Ini Reichenberger Kiez für alle? Seid ihr repräsentativ oder einfach die lautesten?

Fiete Rohde: Die Zahl ist überzogen – im Kerngebiet wohnen etwa 15.000 Menschen. Und ja, das ist zu groß für echte Nähe. Deshalb arbeiten wir in kleineren Gruppen. Etwa 30 Leute sind regelmäßig aktiv, im Hauptchat lesen ca. 140 mit. Für Vertrauen braucht es Gruppen von 20 bis 50 Menschen – da kennt man sich. Ab 150 Aktiven braucht es Koordination. Kleingruppen können gemütlich sein – bleiben dann aber unter sich. Gute Quartiersarbeit verbindet. Meine Erfahrung ist: Ab 5.000–7.000 Anwohnenden wird es schwer, ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zu halten. Es geht nicht um Planungsgrenzen, sondern um Räume, die wir nutzen, sehen, erleben – und so als unser Umfeld begreifen. Repräsentativ? Schwer zu sagen. Wir versuchen, viele Perspektiven einzubinden. Aber klar: Wer laut ist, wird gehört. Deshalb braucht es Moderation, Übersetzungsarbeit, Struktur. Engagement braucht Orte – dauerhaft, verlässlich. Das ist Aufgabe von Stadtplanung, nicht nur von Idealist*innen.

Zukunftswerkstatt Reichenberger Kiez für alle *Foto: KIEZconnect*

*Es gibt in den Bezirken die gewählten Parteien mit Bezirksverordneten. Sie wurden mit einem Wahlprogramm gewählt, das sie versuchen umzusetzen. Daneben hast du engagierte Anwohner*innen, die sich z.B. für Kiezblocks einsetzen. Dagegen stehen andere Aktive, die sich gegen Verkehrsberuhigung vor ihrer Haustür stark machen. Wer setzt sich in dem Konflikt durch und warum?*

Fiete Rohde: Demokratie ist kein Boxkampf, sondern ein Aushandlungsprozess. Niemand „setzt sich durch“, wir verhandeln Interessen – und das braucht Strukturen. Die besten Lösungen entstehen, wenn Politik, Verwaltung und Nachbarschaft gemeinsam arbeiten – nicht gegeneinander. Beispiele wie der Bouleplatz am Paul-Lincke-Ufer oder unsere Wildblumenwiese zeigen, was möglich ist, wenn Raum für Experimente besteht. Beteiligung ist das demokratische Fundament lebendiger Städte – und sie beginnt auf der Straße, nicht im Plenarsaal. Was wir auf Bundesebene oft erleben – Schlagabtausch statt Verständigung – ist Zuschauerpolitik. Im Kiez funktioniert das nicht. Wenn wir uns wie Merz, Lindner oder Weidel benehmen würden, kämen wir nicht mal durchs Treppenhaus. Trotzdem: Auch Nachbarschaft ist nicht harmonisch. Menschen wollen gesehen und gehört werden. Häufig geht es darum, überhaupt Raum für das eigene Anliegen zu haben. Wenn Aushandlung fair, transparent und greifbar ist, wächst die Bereitschaft zum Kompromiss. Gelebte Demokratie heißt: zuhören, verhandeln, mitgestalten – und manchmal auch: verlernen, wie man es uns vorgemacht hat.

Es gibt zu wenig Geld und Personal für die wichtigen Aufgaben im Bezirk. Übernehmen engagierte Inis Aufgaben, die die öffentliche Hand nicht mehr leisten kann, oder machen sie der Verwaltung das Leben schwer? Wer trägt die Verantwortung, wenn es schief geht?

Fiete Rohde: Das ist ein gefährlicher Trugschluss: Engagement darf kein Ersatz für staatliches Handeln sein. Wenn Aufgaben ausgelagert werden, entsteht soziale Schieflage – denn Engagement kostet Zeit, Geld, Kraft. Wer das nicht leisten kann, bleibt unsichtbar. Deshalb braucht es verbindliche Kooperationen, faire Mittelverteilung und Strukturen, die Kontinuität sichern – nicht nur gute Absicht. Wenn Menschen wegziehen, darf nichts zusammenbrechen. Projekte brauchen Staffelstab statt Stillstand. Verantwortung muss geteilt sein – zwischen Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und auch Wirtschaft. Der Fehler liegt selten im Baum oder Beet – sondern im System. Wir brauchen wandelbare Räume, lernende Prozesse und eine Kultur des Kümmerns. Als Architekt denke ich Räume als soziale Infrastruktur: offen, aneignungsfähig, nie abgeschlossen. Denn was „fertig“ ist, wird schnell unantastbar – und damit tot. Öffentliches Gestalten braucht keine perfekte Form, sondern offene Prozesse. Genau dort beginnt eine neue Raumkultur.

*Abschließend: Was sagst du Xhainer*innen, die das hier lesen und selbst aktiv werden wollen?*

Fiete Rohde: Fangt irgendwo an – oder fangt bei euch selbst an. Selbstfürsorge ist kein Gegenteil von Engagement. Sie kann laut oder leise sein – jede*r, wie er oder sie mag. Und wenn der Moment kommt: Geht zu einem Treffen. Kommt ins Gespräch. Fragt euch: Was fehlt mir in meinem Kiez? Was wünsche ich mir anders? Und dann: Sucht euch Mitstreiter:innen. Auf www.nachbarschaftswende.de gibt's Inspiration – bei www.kiezconnect.org helfen wir euch weiter.

Viele Xhainer:innen sind schon aktiv – dann seid ihr bei KIEZconnect genau richtig. Und wenn Engagement größer gedacht wird – als gemeinschaftliche Entwicklung, als neue Alltagsarchitektur, als Prozess, der Beteiligung wirklich einlädt – dann braucht es Menschen, die Räume und Prozesse gestalten können, die offen bleiben. Genau das versuche ich beruflich wie zivilgesellschaftlich zu verbinden.

Denn worum es wirklich geht: Demokratie als Lebensform. Der öffentliche Raum gehört uns allen. Und wir dürfen ihn gestalten – jede*r für sich und gemeinsam. Wenn wir Demokratie nicht nur alle vier Jahre wählen, sondern täglich leben wollen, dann beginnt sie hier: im Hof, auf dem Gehweg, im Gespräch. Und genau dort fängt Wandel an.

■ *Interview: Britta Kallmann, AG Klima & Öko Grüne Xhain*

Clubs und Kultur wegen Steuerreform in Gefahr

Die Reform der Grundsteuer bedroht Berliner Kulturinstitutionen, Vereine und Clubs. Der CDU-Finanzsenator sieht bisher nur tatenlos zu, statt zu handeln.

Viele Berliner Kulturinstitutionen und Clubs sind in Gefahr. Nicht nur wegen drohender Verdrängung oder steigender Mieten, sondern wegen der Grundsteuerreform. Hintergrund ist eine neue Systematik, durch die bei vielen Grundstücken höhere Steuern anfallen. Wie der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mitteilt, hat sich 2025 die Grundsteuer für Grundstückseigentümer*innen im Bezirk teilweise um das 10- bzw. 20-fache erhöht. Weil der Senat keinen Ausgleich schafft, muss der Bezirk als Grundstückeigentümer*in die Steuer auf die Kulturinstitutionen, Vereine und Clubs umlegen, die die bezirklichen Liegenschaften pachten. Denn der Bezirk kann die sechsstelligen Mehrkosten über die eigenen knappen Haushaltsmittel nicht ausgleichen und müsste ansonsten andere Ausgaben kürzen. Der Finanzsenator muss dafür sorgen, dass es hier schnell eine Lösung gibt und der schwarz-rote Senat die Bezirke und Kultureinrichtungen nicht auf den Kosten sitzen lässt.

Julian Schwarze

Das „about blank“ am Ostkreuz befindet sich bereits ohne die Steuerreform in einer schwierigen finanziellen Lage. Die erhöhte Grundsteuer stellt nun eine erhebliche zusätzliche Belastung dar. Der bedrohte Club fordert, die geplante Steuererhöhung für das vom Bezirk gemietete Gelände zurückzunehmen. Der Club regt an, Kulturprojekte grundsätzlich von der Grundsteuer zu befreien. Gleichzeitig setzt der Club auf finanzielle Unterstützung durch Spenden.

Enorme Zusatzkosten

Auch das „Yaam“ zeigt sich alarmiert: Laut aktueller Einschätzung droht dem Club eine Erhöhung der Grundsteuer um 1.290 Prozent. Vertreter*innen sprachen in diesem Zusammenhang von einer „Schockstarre“. Beim Berliner Ringtheater rechnen sie mit Mehrkosten von über 3.000 Euro durch die Reform – eine Steigerung um fast 700 Prozent.

„Die Grundsteuerreform bedroht bei uns im Bezirk Kulturinstitutionen und Clubs“, warnt Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann. Viele Standorte seien momentan durch Verdrängung in ihrer Existenz bedroht. „Die zusätzliche Belastung durch die erhöhte Grundsteuer wird für viele Kulturschaffende nun zu einer zusätzlichen Herausforderung.“

Sie fordert daher von der Berliner Landesebene, den Clubs und Kultureinrichtungen die Grundsteuer zu erlassen oder es so zu regeln, dass die Bezirke das entsprechende Geld aus dem Landeshaushalt bekommen. Doch das lehnt der CDU-Finanzsenator bisher ab. Eine andere Möglichkeit um Clubs und Kultur zu helfen, wäre eine Härtefallregelung, wie es sie bereits für Wohngrundstücke gibt. Sonst droht den betroffenen kulturellen Institutionen nach den ganzen Haushaltskürzungen eine weitere finanzielle Schieflage.

■ *Julian Schwarze, MdA, Sprecher für Stadtentwicklung, Tourismus und Clubkultur (Grüne)*

Am Hafenplatz nichts Neues?

Die Stille am Hafenplatz trügt: Der Kampf um eine soziale und klimagerechte Zukunft der Wohnsiedlung beginnt jetzt. Die BVV, der Berliner Mieterverein, die Mieterinitiative und Architects for Future sind sich einig, dass ein Kahlschlag nicht in Frage kommt. Doch die Eigentümer scheinen weiterhin auf Abriss und Entmietung zu setzen.

Alle weiteren Infos zum aktuellen Stand der Situation um den Hafenplatz findet ihr unter gruene-xhain.de/am-hafenplatz-nichts-neues/

Gefährliches Spiel mit der Sicherheit

Wie der Senat am Kotti und am Görli versagt

Die sozialen Konflikte im öffentlichen Raum haben in den letzten Jahren überall in unserer Stadt zugenommen. Allen, die sich ernsthaft mit der Problematik auseinandersetzen, wissen: Es gibt keine einfachen Antworten.

Kreuzberg ist nicht immer ein einfaches Pflaster. Anwohnende am Kotti und Görli wissen aus tagtäglichen Erfahrungen, was gemeint ist. Doch der Senat aus CDU und SPD begnügt sich mit Symbolpolitik. Zwei Beispiele dafür finden sich in unserem Bezirk: Mit großem Tamtam wurde die Polizeiwache am Kottbusser Tor im Jahr 2023 eröffnet. Ein Projekt, dass über 3 Millionen Euro gekostet hat. Zwei Jahre später ist klar: Sie hat die Situation am Kotti nicht verbessert. Die Anzahl der Straftaten steigt weiterhin – in den letzten zwei Jahren um jeweils über 10 Prozent. Problematisch ist vor allem ein starker Anstieg von Gewalttaten. Und auch die Polizei sieht, dass die Wache bestehende Probleme bestenfalls verlagert. Drogenhandel und -konsum finden eben einige Meter von der Kotti-Wache entfernt statt, vor Spielplätzen und Kindergärten – oder zeigen sich in einer krassen Verschlechterung der Situation rund um den Moritzplatz. Für Kreuzberg hat sich nichts verbessert. Im Abgeordnetenhaus und aus dem Bezirk heraus haben wir uns lange für einen Runden Tisch eingesetzt. Doch statt gemeinsam an den Problemen zu arbeiten, verliert sich der Senat in Konzepten, die über den polizeilichen Tellerrand nicht hinausschauen. Kaum ist die Wache da, lässt man die Menschen am Kotti im Stich. Das schafft keine Sicherheit.

Als wäre ein Millionengrab nicht genug, will der Senat auf Teufel komm raus den Görlitzer Park einzäunen. Park zu, Kriminalität weg – diese Annahme ist so einfach wie falsch. Der Regierende Bürgermeister hat schon mehrfach mit Falschbehauptungen für den Zaunbau geworben. Auch wenn die Lügen vom abgeschlossenen Central Park in New York, organisierter Kinderprostitution im Görli oder vermeintlich freiwerdender Einsatzkräftestunden der Polizei aufgeflogen sind, folgte keine Einsicht.

Der absurde Traum vom Zaun

Nun sollen ab Juni die Bauarbeiten beginnen. Ein Konzept fehlt weiterhin: Wie der Zaun die Sicherheitslage verbessern soll, weiß die Koalition selbst nicht. Dabei hat sich die Lage in den Kiezen um den Görli in den letzten Jahren weiter zugespitzt, insbesondere mit der massiven und allgegenwärtigen Verelendung durch Crack-Konsum. Schon jetzt finden über 80 Prozent der erfassten Straftaten nicht im Park selbst, sondern in den umliegenden Kiezen statt. Ein Zaun macht den Görli also nicht sicherer, sondern wird für noch mehr Drogenhandel, Beschaffungskriminalität und Verelendung in den Wohnvierteln, Hinterhöfen und Treppenaufgängen sorgen. Der Bezirk hat sich im Rahmen des Sicherheitsgipfels des Regierenden Bürgermeisters für eine auskömmliche Finanzierung von sozialen Maßnahmen eingesetzt. So konnte auf bezirkliche Initiative letztes Jahr die „Ohlauer 365“, eine ganzjährig geöffnete, konsumaktzeptierende Notunterkunft für obdachlose Menschen öffnen. Außerdem sind die Sozialarbeiter*innen von Fixpunkt wieder mit einem Konsummobil im Görli präsent. Seit dem letzten Sommer werden in einem Modellprojekt die öffentlichen Toiletten rund um den Kotti und den Görli intensiver betreut, um die Sauberkeit zu verbessern und Fehlnutzungen vorzubeugen. Dass diese Maßnahmen nur ein Anfang sein können, müsste allen klar sein, die sich der Realität vor Ort stellen.

Es braucht eine gesamtstädtische Strategie

Doch genau diese neu aufgebauten Hilfsangebote sind jetzt in Gefahr. Die Mittel des Senats laufen Ende des Jahres aus, die Weiterfinanzierung ist akut gefährdet. Das bedeutet: Projekte, die wirklich wirksam sind, stehen auf dem Spiel. Während CDU und SPD Millionen für den Görli-Zaun aus dem Fenster werfen, gibt es plötzlich kein Geld mehr für soziale Arbeit. Diese Prioritätensetzung ist ein Schlag ins Gesicht aller, die endlich echte Unterstützung für die Kreuzberger Kieze erwarten und einfordern. Anstatt die bestehenden Probleme nur von einem Ort zum nächsten zu verlagern, braucht es eine gesamtstädtische Strategie gegen die Verwahrlosung im öffentlichen Raum. Was heute schon eine gesamtstädtische Herausforderung ist, wird man nicht durch Placebos an einzelnen Hot-Spots abmildern können. Neben der dauerhaften Finanzierung bestehender Angebote, müssen gesundheitliche und soziale Hilfsangebote ausgebaut und verzahnt werden. Das Ausmaß von Elend und Kriminalität entsteht nicht aus dem Nichts. Sie sind das Ergebnis von Armut, Perspektivlosigkeit und eines unzureichenden Hilfesystems, das Menschen keine echten Auswege und Perspektiven bietet. Deshalb brauchen wir ganzjährig geöffnete Notunterkünfte wie die Ohlauer 365, in denen obdachlose Menschen zur Ruhe kommen und Grundbedürfnisse wie Essen, Schlafen, Duschen und eine medizinische Versorgung erfüllt werden. Erst dann können Maßnahmen zur Überwindung von Abhängigkeiten realistisch greifen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr soziale Angebote und faire Mieten, damit Menschen erst gar nicht auf der Straße landen. Nicht zuletzt braucht es erheblich mehr aufsuchende Sozialarbeit und niedrigschwellige Hilfsangebote, damit es Menschen leichter fällt, Hilfe zu erhalten, die ihnen bis heute verwehrt wird.

Unsere Antwort: Sicherheit statt Symbolpolitik

Symbolpolitik und Law-and-Order-Aktionismus schaffen keine Sicherheit. Sicherheit und Soziales müssen zusammengedacht werden, wenn nicht nur Symptome bekämpft, sondern Ursachen angegangen werden sollen. Das geht nur mit einer starken sozialen Infrastruktur, solidarischen Nachbarschaften und Menschen, die sich in ihrem Kiez ein- und mitmischen.

Diesen Zaun braucht niemand! Wir werden weiterhin dafür streiten, dass der Görli auf bleibt und die sozialen Maßnahmen nicht ins Hintertreffen geraten. Alles andere wäre ein gefährliches Spiel mit der Sicherheit – ausgetragen auf dem Rücken der Menschen, die auf wirksame Antworten warten.

■ *Vasili Franco, MdA, Sprecher für Innenpolitik im Berliner Abgeordnetenhaus (Grüne)*

Apropos Görlitzer Park:

Rachefeldzug des Senats auf dem Rücken des Bezirks

Der Senat setzt am Görli weiter auf Repression und Symbolpolitik. Doch soziale Probleme löst man nicht mit Gittern, sondern mit Sozialarbeit, Aufklärung und niedrigschwelligen Hilfen. Ein Metallzaun hält keine Probleme fern – er verlagert sie in die Nachbarschaft. Der Protest von Anwohner*innen und Initiativen ist groß, und das zu Recht: Der Görli braucht keine Abschottung, sondern strukturelle Unterstützung.

Umso unverständlicher ist es, dass der Senat Mitte März den Antrag des Bezirks auf ein städtebauliches Fördergebiet „Kreuzberg-Ost“ abgelehnt hat. Offizielle Begründung: Zu unterschiedliche Ansichten über die Entwicklung des Parks. Eine schamlose Entscheidung, die zeigt, dass der Senat lieber Law-and-Order-Politik betreibt, statt soziale Herausforderungen ernsthaft anzugehen. Gerade im Wrangelkiez, wo Verdrängung und soziale Probleme zunehmen, wären gezielte Mittel für soziale Infrastruktur dringend nötig.

Die Absage ist ein fatales Signal: Strukturelle Benachteiligung wird ignoriert, während mit autoritären Maßnahmen auf Symptome reagiert wird. Wir wollen einen Görli, der ein sicherer, öffentlicher Ort für alle bleibt – ohne Zäune, aber mit echter sozialer Unterstützung.

Immer aktuelle Infos gibt's auf: gruene-xhain.de/goerli

■ *Vito Dabisch, Bezirksverordneter (Grüne)*

Sexismus unter Frauen*

Rechte Parteien werden zunehmend auch von Frauen* gewählt – ein alarmierendes Zeichen für die Wirksamkeit patriarchaler Strukturen. Nur durch echte Solidarität und die Einbindung mehrfachdiskriminierter Menschen können wir diese Mechanismen durchbrechen und für Gleichberechtigung aller kämpfen.

18 % der Frauen*[1] wählten bei der Bundestagswahl 2025 die AfD, 27 % die CDU und sogar unter jungen Frauen* in Städten entschieden sich 10 % für die AfD. Das zeigt: Rechts zu wählen ist kein ausschließlich männliches Phänomen. Besorgniserregend ist, dass damit auch Frauen* Parteien unterstützen, die patriarchale Strukturen festigen, Frauenrechte nicht stärken wollen und teils sogar aktiv einschränken.

Um patriarchale Strukturen abzuschaffen und bedingungslose Gleichberechtigung zu erkämpfen, müssen wir Frauen* solidarisch sein, gemeinsam laut werden und aktiv gegen Ungerechtigkeiten vorgehen. Dafür ist es zentral zu verstehen, warum auch Frauen* sexistische Haltungen vertreten und wie wir solchen Strömungen begegnen können.

Sexismus und Patriarchat – fest verankert

Sexismus beschreibt dabei die allgegenwärtige Diskriminierung von Frauen*. Er ist tief in gesellschaftlichen Normen und Institutionen verankert, dabei werden Geschlechter hierarchisiert und ihnen werden bestimmte Rollen zugeschrieben. Auch Männer, insbesondere androgyn wirkende, die nicht dem stereotypen Männerbild entsprechen, können unter patriarchalen Strukturen leiden.

Um die Beweggründe von Sexismus unter Frauen* zu verstehen, muss man weit in die Vergangenheit reisen, denn bereits in der Antike werteten Männer Frauen*freundschaften gezielt ab. Zusammenschlüsse von solidarischen Frauen* wurden als wahre Gefahr für patriarchale Strukturen und männliche Privilegien gesehen. Somit hat(te) das Patriarchat immer ein Interesse daran, Frauen* gegeneinander auszuspielen: Solange Frauen* nicht solidarisch waren und selbst glaubten, dass ihnen bestimmte Rechte oder Positionen nicht zustanden, wurden männliche Privilegien nicht infrage gestellt.

So wurden über Schönheitsideale, vermeintliche Konkurrenz um Männer oder soziale Rollen gezielt Rivalitäten geschürt. Begriffe wie „Zickenkrieg“ oder „Stutenbissigkeit“ stammen aus genau dieser Logik; sie dienen der Abwertung weiblicher Bindungen. Isolation galt als Mittel der Kontrolle: Bis 1908 war es Frauen in Preußen verboten, sich politisch zu organisieren. Dies erinnert sehr an toxische Beziehungen, in denen auch ein Beziehungsteil bewusst vom sozialen Netzwerk abgeschnitten wird, um sich nicht emanzipieren zu können.

Von Gossip Girl bis „Pick-me-Girl“

Seit dem 20sten Jahrhundert und insbesondere durch die 68er Bewegung wurden diese patriarchalen Mechanismen geschwächt. Frauen* solidarisierten sich und errangen Positionen, um positive und feministische Veränderungen und Rechte für Frauen* zu erkämpfen. Dennoch wirken patriarchale Mechanismen bis heute fort, etwa durch die Darstellung weiblicher Rivalität in Filmen oder Serien, wie die Freundinnenschaft von Serena und Blair in Gossip Girl, die schon kleinen Mädchen Konkurrenz statt Solidarität vermitteln. Vertrauen, Wohlwollen und Sicherheit spielen in ihrer Beziehung keine Rolle.

In der heutigen Zeit werden Frauen* in ,,Girl's Girls" und ,,Pick-me-Girls" eingeteilt. Das ,,Girl's Girl" ist die totale Feministin und unterstützt ihre weiblichen Freundinnen* in jeder Art und Weise. ,,Pick-me-Girls" hingegen wenden sich von allem ab, was im klischeehaften Sinne mit Weiblichkeit in Verbindung gebracht wird. Durch diese Form der Abwendung findet eine Wertung statt. Rosa, Glitzer, Einhörner und vor allem alle anderen Frauen* werden zum Feindbild. Dadurch stellt sich die Person über ,,die Frau*" und erhofft sich, dadurch Anerkennung bei Männern zu bekommen, weil sie ja ,,so anders ist als alle anderen". Doch eine Frau* lässt sich nicht in Gut oder Böse kategorisieren. Der Grat zwischen Anpassung und Selbstbestimmung ist verdammt klein. Es gibt Situationen, in denen es kurzfristig sinnvoll und legitim sein kann, sich an patriarchale Strukturen anzupassen. Frauen* suchen sich auch heute noch innerhalb des Patriarchats ihren Platz. Dabei geht es um das pure Überleben, die Akzeptanz in der Gesellschaft. Zunächst einmal folgen Mädchen* der Erzählung, dass sie durch Freundlichkeit, Perfektion und Anstrengung ihre Ziele erreichen können. Sich diesem Bild unterzuordnen, führt zu kleinhaltender Anerkennung. Wenn eine junge Frau* erkennt, dass sie so nicht weiterkommt, werden oftmals die weiblichen Konkurrenten als Ursache für den Misserfolg betrachtet, denn im patriarchalen System ist nunmal nicht genug Platz für alle Frauen*. Somit ist es vermeintlich hilfreich, Männern zu gefallen und Männerfreundschaften einzugehen, um eigene Ziele zu erreichen und unerreichbare patriarchale Ansprüchen zu erfüllen. Andere Frauen* müssen abgewertet werden, um sich selbst aufzuwerten. Doch wenn Frauen* patriarchale Methoden wie Unterdrückung oder Machtspiele akzeptieren, die eng mit hierarchischem Denken verbunden sind, wird das System einfach weitergelebt.

Feminismus: alle einbinden

Mehrfachdiskriminierung verschärft diese Situation. Die Feminismusbewegung klassistisch privilegierter, weißer Frauen, die den Gender Pay Gap für das größte Problem der Frauen* halten, leben und profitieren von dem Sexismus unter Frauen*. Sobald diese Frauen* in Machtpositionen sind, ist der Gleichstellungskampf vermeintlich beendet. Frauen*, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, werden nicht mitgedacht und ebenfalls als Feindbild betrachtet.

Mit genau dieser Einstellung kommen wir nicht weiter. Solidarität in Freundinnenschaften und das Erlernen von Durchsetzungsvermögen und Selbstbewusstsein ist zentral, um den Feminismus nach vorne zu bringen. Wir müssen uns selbst mehr zutrauen, alle FLINTA*s und mehrfach Diskriminierte mit einbinden. Durch gegenseitiges Schlechtreden können wir nur zu den Verliererinnen des Systems werden und genau diese Kategorien von Gewinnenden und Verlierenden wollen wir doch eigentlich abschaffen. Sich in das Patriarchat einzufügen, scheint leicht zu sein. Doch durch Anpassen und Verharren passiert keine Veränderung. Wir zerstören und stoppen uns damit nur selbst. Effektive Veränderung kann nur durch Handlungen passieren – deshalb verbündet euch, gebt euch die Hand und seid laut!

■ *Zaïde Engel, Emilia Engels, Grüne Jugend Friedrichshain-Kreuzberg*

(1) INTAs* – also die Gruppe der inter, nichtbinären, trans und agender Personen – werden hier unter „Frauen“* erfasst, da die Umfrage nur zwischen Frauen und Männern unterscheidet. Im Text wird allgemein von Frauen* und Freundinnen* gesprochen, da Sexismus gegenüber INTAs* bisher weniger erforscht ist.

Für Autos – gegen Verkehrsberuhigung

Wie die CDU mit falschen Unterstellungen gegen die Verkehrswende kämpft

Mit einer Fülle von Anfragen und Anträgen versucht derzeit die CDU, mit publizistischer Unterstützung der Springerpresse, die Verkehrswende in Xhain aufzuhalten. Kurioserweise erhält sie dabei mitunter Schützenhilfe von Verkehrspolitiker*innen der Linken.

Mit Vorwänden versucht die Union, die Position des Autos in unserem Bezirk zu verteidigen. Zum einen mit der Behauptung, die Maßnahmen des Bezirksamtes zur Verkehrsberuhigung würden angeordnet, ohne die Betroffenen ausreichend zu informieren. Zum anderen mit dem Vorwurf, die Durchfahrtsperren zum Schutz der Anwohner*innen vor Lärm und Abgasen gefährdeten den Einsatz von Polizei und Feuerwehr – und dies, obwohl die Behörden bei allen Planungen als Träger öffentlicher Belange einbezogen und über die Umsetzung der Maßnahmen informiert werden.

Nach monatelangen Debatten und der Verabschiedung eines umfassenden Konzeptes in den bezirklichen Gremien blies die CDU-Fraktion Ende Januar zum Generalangriff auf die Verkehrsberuhigung im Ostkreuzkiez. Mit Bezug auf eine Online-Petition und über 2.000 (ungeprüfte) Unterschriften unterstellte sie im Rahmen einer großen Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung, das Bezirksamt habe eine umfassende Information der Bewohner*innen des Kiezes unterlassen.

Die grüne Verkehrsstadträtin Annika Gerold verwies in ihrer Antwort auf zahlreiche Informationsangebote. So ist das Konzept seit Veröffentlichung unter xhain-beruhigt.berlin online einsehbar und es wurden mehrere Tausend Flyer mit einer Übersichtskarte der geplanten Maßnahmen an die Haushalte im Kiez verteilt. Weiterhin hatten Anwohner*innen in einer breit angekündigten öffentlichen Veranstaltung mit über 200 Teilnehmenden und drei Vor-Ort-Infoständen mit jeweils 70 bis 80 Anwesenden die Möglichkeit, Fragen und Kritik zu äußern. Zusätzlich wurden Gesprächsrunden mit einzelnen Zielgruppen (Gewerbetreibende, Schüler*innen und Jugendliche sowie ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen) durchgeführt. Eine mehrwöchige Online-Befragung auf mein-berlin.de wurde von über 600 Anwohner*innen für Kommentare und Anregungen genutzt. Dabei waren nach Auskunft des Bezirksamtes über 90 % der Bewertungen positiv. Doch all das reichte der CDU nicht. Sie forderte stattdessen in einem Antrag, die bisherigen Planungen einzustellen und alle Haushalte des Kiezes per Briefpost über die geplanten Maßnahmen zu informieren – wohl wissend, dass dem Bezirksamt hierfür keine finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stehen. Einziges Ziel war offenbar, die Umsetzung der sorgfältig geplanten und abgestimmten Maßnahmen aufzuhalten oder zu verhindern.

CDU: Autos statt Kinder

Ähnliches geschah in der Debatte um die Parkplätze vor dem Gesundheitszentrum Koppenstraße/Ecke Friedenstraße. Der Bezirk hatte diese zur Zeit als Parkplatz genutzte Fläche über Jahre für städtische Infrastruktur freigehalten. Nunmehr will er dort eine Grünfläche mit einem Spielplatz schaffen, weil ein anderer in der Nähe gelegener Platz dringend für den Neubau einer Schulsporthalle benötigt wird. Die CDU mobilisierte mit einem Einwohner*innenantrag für den Erhalt der dortigen Parkplätze und hielt trotz Zusage des Bezirks, die vorgesehene Parkraumbewirtschaftung in diesem Bereich als „Ausgleichsmaßnahme“ vorzuziehen, daran fest. Zum Vergleich: Eine kürzlich vorgestellte Untersuchung des Senats zur Parkplatzsituation im Wrangelkiez kam zu dem Ergebnis, dass seit Einführung der Parkraumbewirtschaftung ca. 10 bis 15 Prozent mehr Parkplätze für die Anwohner*innen zur Verfügung stehen, da insbesondere ortsfremde Langzeitparker ihre Autos woanders abstellen.

Und wie im Ostkreuzkiez erhielt auch hier die CDU unerwartet Unterstützung von Verkehrspolitiker*innen der LINKEN. Hatten sie im Ostkreuzkiez gegen die Teilentwidmung von Flächen zur Einrichtung von Fußgängerzonen in der Scharnweber- und Niemannstraße gestimmt (die einen wesentlichen Baustein im Bezirkskonzept darstellen), forderten sie im Falle des Parkplatzes Koppenstraße, nur die Hälfte des Platzes als Spielplatz zu nutzen und die andere Hälfte weiter den Autofahrer*innen zur Verfügung zu stellen. Dies hätte jedoch bedeutet, die bisherige Planung (einschließlich dem Ergebnis der Ausschreibung) über den Haufen zu werfen und die Errichtung des Spielplatzes möglicherweise um Jahre zu verzögern. Zum Glück setzte sich auch die bezirkliche SPD entschieden für die Belange der Kinder ein und überstimmte gemeinsam mit den Grünen diese autofixierten Ansinnen.

■ *Gerd Thorns, stellv. Bürgerdeputierter Mobilität und AG Mobilität Grüne Xhain*

Gehört werden, mitgestalten, sicher unterwegs sein

Wie geschlechtergerechte Verkehrspolitik in Friedrichshain-Kreuzberg umgesetzt wird – ein Gespräch mit Bezirksstadträtin Annika Gerold

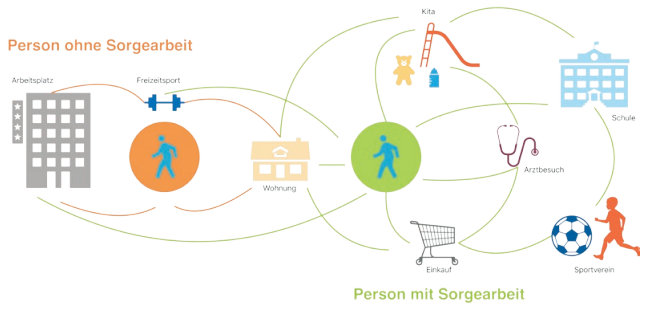
Gendergerechte Mobilitätspolitik hat den Anspruch, unterschiedliche Lebensrealitäten und deren Mobilitätsbedarfe mitzudenken. Besonders deutlich werden diese Unterschiede bei Menschen, die Sorgearbeit leisten – ein Großteil davon sind Frauen. Ihre alltäglichen Wege unterscheiden sich erheblich von denen jener Menschen, die einem klassischen Vollzeitjob nachgehen und täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort pendeln. Sorgearbeitende Frauen kombinieren häufig verschiedene Verkehrsmittel: Sie nutzen überdurchschnittlich oft Bus und Bahn, das Fahrrad oder sind zu Fuß unterwegs. Sie müssen Kinder zur Kita, Schule oder Training bringen, nach der Arbeit Einkäufe erledigen oder pflegebedürftige Angehörige zur Arztpraxis begleiten. Diese Wege müssen häufig spontan angepasst werden und variieren stark – abhängig vom aktuellen Bedarf. Wie der Bezirk dabei unterstützen kann, haben wir die Bezirksstadträtin für Verkehr, Annika Gerold, gefragt:

In Xhain gibt es verschiedene Projekte zur Verkehrsberuhigung, das größte ist zur Zeit die Verkehrsberuhigung im Ostkreuz-Kiez. Inwieweit sind die Aspekte einer gendergerechten Mobilitätspolitik in die Planung eingeflossen? Wie werden sie umgesetzt?

Annika Gerold: Nach wie vor ist die Mehrheit der Autos auf Männer zugelassen (laut Zahlen aus September 2024 beträgt der Anteil der Männer 62 Prozent), auch beim Carsharing sind sie häufiger registriert. Männer fahren ungefähr doppelt so viel Auto. Die Zahlen zeigen auch, dass Frauen mehr zu Fuß gehen und häufiger den ÖPNV benutzen. Wenn wir also für mehr Verkehrsberuhigung sorgen, stärken wir insbesondere diejenigen im Straßenverkehr, die besonders häufig zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind.

Ich möchte eine inklusive Verkehrspolitik umsetzen, die alle Menschen im Blick hat. Es geht mir auch aus unserer feministischen Perspektive heraus darum, Mobilität als Grundrecht für alle zu garantieren. Für Menschen jeglichen Geschlechts, jeden Alters und mit unterschiedlichen Bedürfnissen – sicher und barrierefrei für alle. Deshalb möchte ich unseren Bezirk sicherer machen, den Raum neu verteilen und die Autostadt Geschichte werden lassen.

*Mit welchem Verkehrsmitteln legen die Bewohner*innen von Xhain bislang hauptsächlich ihre Wege zurück? Welche Rolle spielt da das Auto?*



Annika Gerold: Über 80 Prozent aller täglichen Wege werden in Xhain zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV zurückgelegt. Der Motorisierungsgrad in Xhain ist sehr niedrig: Nur etwa ein Drittel der Haushalte in Friedrichshain-Kreuzberg hat ein Auto; auf 1.000 Einwohner*innen kommen in Xhain 171 Pkw, das ist der geringste Wert in Berlin.

Was wird sich konkret verbessern für Familien mit Kindern? In der Bezirksregion Frankfurter Allee Süd gibt es über 5.500 Haushalte, in denen Kinder wohnen.

Annika Gerold: Verkehrsberuhigung erhöht die Verkehrssicherheit und trägt somit zum gesetzlichen Ziel der Reduktion schwerer Verkehrsunfälle, der „Vision Zero“, bei. Bei mehr Verkehrssicherheit fühlen sich Menschen sicherer und nehmen häufiger das Fahrrad oder gehen zu Fuß. Das gilt insbesondere auch für Kinder oder ältere Menschen.

Wo sind aber auch Grenzen in dem, was der Bezirk machen kann? Wie steht es um die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bezirk und Senat und welche Probleme bringen sie?

Annika Gerold: Kurz gesagt ist der Bezirk im Nebenstraßennetz zuständig und der Senat auf den Hauptstraßen. Das heißt, wenn es um unsere Hauptstraßen geht, sind wir auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Senat angewiesen. Der aktuellen CDU-Senatorin sind aber eher die Bedürfnisse von Autofahrenden als die von Radfahrenden oder Zufußgehenden wichtig. Deshalb konzentrieren wir uns mit unseren Vorhaben gerade auf die Nebenstraßen.

Nicht alle Menschen haben die Kapazitäten, um sich in die Verkehrswende aktiv einzubringen. Wie kann es gelingen, dass auch diejenigen gehört werden, die nicht so laut sind wie andere?

Annika Gerold: Im Beteiligungsverfahren für den Ostkreuzkiez haben wir – wie auch in anderen Verfahren – neben der allgemeinen Beteiligung, die online und offline stattfand, zusätzlich zielgruppenspezifische Beteiligung durchgeführt. Hierbei standen Kinder und Jugendliche, ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen sowie Gewerbetreibende als Zielgruppen im Fokus. Zielgruppenspezifische Ansprachen, niedrigschwellige Beteiligungsveranstaltungen oder auch die Ansprache über Akteure im Kiez (z.B. Nachbarschaftszentren) können unterstützen, möglichst viele Menschen zu erreichen. Nicht alle Menschen haben aufgrund ihrer persönlichen Lebensumstände die Zeit, sich umfangreich zu informieren oder zu beteiligen. Hier ist es unsere Aufgabe, mit entsprechenden Formaten Angebote zu schaffen. Ganz auflösen lässt sich dies aber nicht.

■ *Interview: Cornelia Lange, Bürgerdeputierte und AG Mobilität Grüne Xhain*

Gemeinsam für ein Berlin, das funktioniert!

Berlin streikt — und das aus gutem Grund. Während Politik und Arbeitgeber auf Zeit spielen, kämpfen Beschäftigte für faire Löhne und den Erhalt unserer öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein Gastbeitrag des Bündnisses #BerlinStehtZusammen

In den letzten Monaten wurde in Berlin viel gestreikt: ob im öffentlichen Nahverkehr, bei der Stadtreinigung oder den Berliner Bädern. Das war nervig. Die Frustration darüber war laut. Leider richtete sie sich oft gegen die Falschen. Arbeitgeber und Politik hätten die Streiks schnell beenden können. Doch egal ob beim öffentlichen Dienst, den Verkehrsbetrieben oder der CFM (Essen, Transport und Reinigung bei der Charité): sie weigerten sich, angemessene Angebote vorzulegen.

Stress, Ausfälle und Überstunden gehören für die Beschäftigten zum Alltag. Obwohl ihre Arbeit für uns so wichtig ist, können sich immer mehr Kolleg*innen von ihrem Lohn das Leben nicht mehr leisten.

Die aktuellen Zustände zwingen die Beschäftigten zum Streik. Finanzsenator Evers (CDU) nennt die Beschäftigten ein Haushaltsrisiko. Aber: Ohne gute Abschlüsse wird es eine massive Kündigungswelle geben. Nicht die Beschäftigten, sondern die Politik und Arbeitgeber sind das eigentliche Risiko für unsere Stadt!

Das Geld ist da. Es muss dringend in gute Arbeitsbedingungen und ein lebenswertes Berlin investiert werden.

Die Beschäftigten der BVG standen Schulter an Schulter füreinander ein. Nur so konnten sie 430 Euro mehr Lohn, eine Einmalzahlung von 1.500 € und eine Erhöhung der Zulagen und des Weihnachtsgeldes erkämpfen.

Annka Esser Foto: Santiago Rodriguez

Ohne die Beschäftigten der CFM läuft in den Krankenhäusern nichts. Doch obwohl dies längst im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, weigert sich Bürgermeister Kai Wegner, sie nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zu bezahlen. Manche Kolleg*innen verdienen bis zu 700 € weniger als vorgesehen. Gleiche Arbeit für weniger Geld? Das ist ungerecht! Doch auf die Forderung der Beschäftigten, nach TVöD bezahlt zu werden, hat die Arbeitgeberseite schlicht gar kein Angebot vorgelegt. So ein Verhalten können wir als Stadtgesellschaft nicht tolerieren. Lange Streiks bei ohnehin schon geringem Lohn sind ein wahrer Kraftakt. Deshalb haben wir als Unterstützungsbündnis #BerlinStehtZusammen eine Spendenkampagne gestartet.

Was wir jetzt alle tun können? Familie und Freund*innen davon erzählen! Jeder Euro hilft.

Wir stehen hinter den Beschäftigten der CFM – so lange es nötig ist, bis sie gewinnen.

■ *Annka Esser, #BerlinStehtZusammen*

www.gofundme.com/f/streik-unterstutzung-fur-die-beschaftigten-der-cfm

SEZ: Umbau statt Abriss!

Ein Erhalt des SEZ muss jetzt geprüft werden. Bis dahin darf es keinen Abriss geben. Das Gebäude hat viel Potenzial für Sport und Kultur. Wohnungen, Schulplätze und SEZ-Umbau müssen zusammen neu gedacht werden. Seit dem Beschluss des Bebauungsplans im Jahr 2018 hat sich viel geändert.

Das Sport- und Erholungszentrum (SEZ) in Friedrichshain ist leider ein Paradebeispiel für eine völlig falsche Liegenschaftspolitik und den Ausverkauf der Stadt. Das SEZ und das zugehörige Grundstück wurden 2003 vom damaligen rot-roten Senat für einen symbolischen Euro an einen Investor verkauft – ein gravierender Fehler. Der Bezirk hat gemeinsam mit der grünen BVV-Fraktion jahrelang für den Erhalt des SEZ gekämpft – bis ihm der Senat 2015 die Zuständigkeit entzogen hat. Leider ließ der Senat viel zu lange zu, dass der Investor dem Land auf der Nase herumtanzte und sich nicht mal an die minimalen Auflagen des Privatisierungsvertrags hielt. Das änderte sich erst ab 2017 mit Rot-Rot-Grün – mit Erfolg: Nach einem langen Rechtsstreit um die Nutzung verfügt das Land heute wieder über das Grundstück.

Das SEZ ist damit aber noch nicht gerettet. Denn der Senat hält an alten Abrissplänen fest, die eine neue Bebauung vorsehen. Klar ist, Wohnraum ist knapp und es ist gut, wenn landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bezahlbaren Wohnraum schaffen. Und klar ist auch, wir brauchen genügend Schulplätze in Berlin. Beides sieht ein Bebauungsplan vor, der vom Senat erarbeitet und 2018 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde. Die darin beschlossenen Inhalte ersetzten die Planungsziele des Bezirks, der schon damals den Abriss des SEZ verhindern wollte.

Seitdem hat sich aber viel geändert. Seit Jahren fordern wir, dass bestehende Gebäude klimafreundlich umgebaut statt abgerissen werden. Das Gebäude bietet weiterhin viel Potenzial für Sport- und Kulturnutzungen. Bei einer Bebauungs-Plan-Prüfung müssen Wohnungen, Schulplätze und ein SEZ-Umbau zusammen neu gedacht werden.

2025 ist nicht 2018!

Mehrere Initiativen setzen sich für den Erhalt des SEZ ein und wollen einen Abriss verhindern. Auch ein Runder Tisch wurde mit diesem Ziel gegründet. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass das Gebäude vielfältig genutzt werden kann. Dabei spielt auch das Thema Zwischennutzungen eine Rolle – denn Räume für Sport oder soziale Projekte fehlen überall in der Stadt.

Doch nun sollen Fakten geschaffen und der Abriss durch den Senat beauftragt werden. 2025 ist aber nicht 2018! Gerade jetzt, wo wir eine zweite Chance beim SEZ-Gelände bekommen, sollten wir stadtentwicklungspolitische Fehler nicht wiederholen!

■ *Julian Schwarze, MdA, Sprecher für Stadtentwicklung, Tourismus und Clubkultur (Grüne)*

Stadtentwicklung mit der Brechstange

Wie der Senat unseren Bezirk entmachtet

In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) treffen wir verbindliche Entscheidungen zu Bebauungsplänen. Verfassungsrechtlich ist festgelegt: Die Planungshoheit über städtebauliche Entwicklungen liegt bei den Gemeinden – und damit in Berlin bei den Bezirken. Aus gutem Grund, denn es sind die demokratisch legitimierten lokalen Gremien, die die Bedarfe und Konflikte vor Ort am besten kennen. Doch seit der Wiederholungswahl 2023 erleben wir eine zunehmend offene Aushöhlung dieser Hoheit. Die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung greift immer häufiger in zentrale Planungsprozesse ein, ignoriert demokratische Verfahren und entzieht dem Bezirk seine Kompetenzen.

Fallbeispiel „Urbane Mitte“ am Gleisdreieck

Nach intensiven Debatten hat sich der Bezirk für eine Neubewertung des Bauprojekts eingesetzt. Die Pläne des Projektentwicklers sind veraltet, Bürohochhäuser im Park aus der Zeit gefallen. Der Bezirk sprach sich für eine maßvolle, klima- und anwohnerfreundliche Entwicklung des südlichen Bauabschnitts aus. Der Senat aber stellt sich demonstrativ an die Seite der Investoren, zieht das Verfahren an sich und übergeht alle Kritik aus Zivilgesellschaft, Bezirksgremien und Fachöffentlichkeit. Baustadtrat Florian Schmidt bringt es auf den Punkt: „Wir erleben eine gefährliche Entwicklung: Die Landesebene reißt sich die Projekte unter den Nagel, wenn ihr die Ergebnisse der bezirklichen Planung nicht passen.“

Ein ähnliches Spiel am Rudolfband in Friedrichshain

Dort plant der Senat offenbar, statt bezahlbarem Gewerbe und Grünflächen einen Eigentumswohnungsturm gegenüber dem Amazon-Tower zuzulassen. Damit würde er die Ergebnisse jahrelanger Beteiligungsprozesse ignorieren und demokratische Gremien zu Statisten degradieren. Ursprünglich vorgesehen war hier eine Mischung aus Handwerk, urbaner Produktion, Kultur und öffentlichen Freiflächen. Senator Gaebler setzte dem Bezirk ein Ultimatum: Komme dieser dem Wunsch nach Eigentumswohnungen nicht nach, ziehe der Senat auch dieses Verfahren an sich. Das ist der falsche Weg. Ja, wir brauchen mehr Wohnraum – aber bezahlbaren. Stadtentwicklung darf nicht gegen, sondern nur mit den Menschen gestaltet werden.

Autoritärer Zugriff des Senats: beim Görlitzer Park

Während unsere Grüne Bürgermeisterin klar gegen einen Zaun um den Park Position bezieht, hält der Regierende Bürgermeister an dieser Symbolpolitik fest. Zuletzt wurde unser Antrag auf ein städtebauliches Fördergebiet „Kreuzberg-Ost“ ohne inhaltliche Prüfung abgelehnt – aus rein politischen Gründen. Der Bezirk hätte damit dringend benötigte Mittel für soziale und infrastrukturelle Projekte erhalten. Ein Skandal, der zeigt, wie Mittel nach Gutsherrenart vergeben und kritische Bezirke abgestraft werden.

Das Muster ist bekannt

Auf dem Tempelhofer Feld ignoriert der Senat ebenfalls die Ergebnisse seines eigenen Dialogprozesses und drückt die Randbebauung durch. Passend dazu hat Kai Wegner eine von oben angesetzte Volksabstimmung parallel zur nächsten Berliner Wahl 2026 angekündigt – ein durchsichtiges Manöver.

Friedrichshain-Kreuzberg wird zum Paradebeispiel einer Top-down-Politik von Schwarz-Rot: Beteiligungsprozesse werden entwertet, BVV-Beschlüsse missachtet, bezirkliche Planungskompetenz unterlaufen. Dabei sind es gerade die Bezirke, die als erste demokratische Ebene funktionieren müssen, wenn das Vertrauen in Politik und Verwaltung erhalten bleiben soll. Werden diese Strukturen geschwächt, verliert die Demokratie an Glaubwürdigkeit.

Als Grüne in Friedrichshain-Kreuzberg stehen wir für eine gemeinwohlorientierte, sozial gerechte und ökologische Stadtentwicklung – im engen Dialog mit der Stadtgesellschaft. Dafür brauchen wir Handlungsspielräume, respektierte Verfahren und echte Mitsprache. Wer Bezirke entmachtet und Stadtentwicklung zur Chefsache macht, beschädigt den politischen Diskurs und untergräbt das Fundament einer solidarischen, demokratischen Stadt. Berlin braucht endlich eine Stadtpolitik, die auf Beteiligung, Transparenz und demokratische Aushandlung setzt – und nicht auf das Durchregieren von oben.

■ *Maria Haberer, Bezirksverordnete (Grüne)*

Immer Ärger mit der Urbanen Mitte?

Das umstrittene Bauvorhaben „Urbane Mitte“ im Gleisdreieckpark beschäftigt das Bezirksparlament Friedrichshain-Kreuzberg schon lange. Das Vorhaben sieht eine Bebauung von insgesamt sieben Hochhäusern auf zwei Baufeldern vor. Das Projekt ist klima- und stadtentwicklungspolitisch aus der Zeit gefallen.

Im August 2023 kam ein durch die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e.V. und die Naturfreunde Berlin e.V. in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Ergebnis, dass der städtebauliche Rahmenvertrag von 2005 keine Entschädigungsansprüche des Investors gegenüber dem Land oder dem Bezirk begründet, sollte das 2005 festgelegte Bauvolumen nicht genehmigt werden. Erst durch dieses Gutachten wurde ein Möglichkeitsraum für die BVV geschaffen, das Bauvorhaben noch einmal neu zu denken und an die aktuellen Bedarfe unseres Bezirks und seiner Bewohner*innen anzupassen.

Willkürliche Weisungen

Kaum hatte sich der Bezirk auf den Weg gemacht und einen ersten Runden Tisch veranstaltet, zog der Senat jedoch das Baufeld Urbane Mitte Süd an sich. Dann passierte lange Zeit nichts, bis sich der Senat Ende 2024 bezüglich des Baufelds Urbane Mitte Nord an das Bezirksamt wandte. Nach Mitteilung des Bezirks, dass es insbesondere aufgrund der Trassenführung der geplanten S21 erst 2027 mit dem B-Planverfahren weitergehen kann, folge die Aufforderung, das Verfahren schnellstmöglich fortzuführen. Geschehe dies nicht, würde wiederum das Bauvorhaben entzogen werden.

Diese Weisung erscheint völlig willkürlich. Auch im Stadtentwicklungsausschuss wurde von unserem Stadtrat Florian Schmidt sowie der Verwaltung dargestellt, dass die Weisung so schlicht nicht umsetzbar ist. Ohne eine Planfeststellung der S 21 ist der Bebauungsplan Nord nicht bis 2026 festsetzbar. Etwas das die Senatsverwaltung genauso betreffen wird. Es ist also reine Augenwischerei wenn behauptet wird, das Verfahren könne auf Landesebene schneller abgewickelt werden. Vielmehr scheinen auch hier die Interessen des Investors wichtiger zu sein, als die des Bezirksparlaments und der Bevölkerung.

Gleisdreieckpark, künftig ein Blick auf Hochhäuser?
Foto: Sarah Jermutus

Unterlassungsklagen

Aber das Thema Urbane Mitte beschäftigt die Verordneten auch abseits der konkreten Planungen. Denn die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck, ein seit Jahren geschätzter und sehr engagierter Partner, steht unter Druck. Die Eigentümerin der Urbanen Mitte Besitz S.a.r.l. geht mit Unterlassungsklagen gegen die AG und den Verfasser des Gleisdreieck-Blogs vor. Damit sollen ganz offensichtlich kritische Stimmen zum Bauprojekt am Gleisdreieck zum Schweigen gebracht werden. Denn offenbar hat auch die Immobilienbranche hat erkannt: Zivilgesellschaft kann etwas bewegen.

Doch wir dürfen nicht zulassen, dass am Ende nur noch diejenigen ihre Meinung frei äußern dürfen, die das nötige Kleingeld haben und sich teure Anwält*innen leisten können. Das ist zutiefst undemokratisch und widerspricht unserem Verständnis einer kritischen Einmischung von Bürger*innen. Als bündnisgrüne Fraktion fordern wir deshalb gemeinsam mit Linke und SPD die Rücknahme der Klage durch den Investor.

Solidarisch an der Seite der Initiative

Zudem fordern wir die Senatsverwaltung auf, ihre offenbar guten Beziehungen zum Investor zur Abwechslung im Sinne der Bürger*innen dieser Stadt zu nutzen und darauf hinzuwirken, dass die Eigentümerin ihre Klage fallen lässt. Denn für uns ist klar: Ein Investor, der die Bürger*innen seiner Stadt mundtot klagt, ist kein verlässlicher Kooperationspartner. Diese Klagen sind nicht nur ein Schlag in das Gesicht der Beklagten, sie sind ein Angriff auf unsere Demokratie und unsere Meinungsfreiheit. Klagen gegen Bürger*inneninitiativen und ehrenamtlich engagierte Kritiker*innen bedrohen die demokratische Debatte und somit auch die gesetzlich vorgesehene Bürger*innenbeteiligung bei Bauprojekten.

Die UM Besitz S.a.r.l. hat sich übrigens mit einem Schreiben an die Fraktionen gewandt, um auszudrücken, dass es ihnen überhaupt nicht um die Einschränkung der Meinungsfreiheit oder gar Einschüchterung ginge, sondern darum, zu einem sachlichen Dialog zurückzukehren. Klagen, um sachlich diskutieren zu können – ein seltsames Verständnis von Diskussionskultur und nichts, was glaubwürdig erscheint. Von daher bleibt es dabei: laut sein, kritisch sein und sich einmischen bleibt die einzige sinnvolle Reaktion auf diese Klagen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Initiative, die beispielhaft zeigt, wie Bürger*innenengagement aussehen kann und wie wertvoll ein Miteinander von Bezirkspolitk und Zivilgesellschaft ist.

Wer die Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e. V. bei der Abwehr der Unterlassungsklagen unterstützen möchte, kann eine Spende auf das Konto des Vereins überweisen. Diese Spenden sind nicht steuerlich absetzbar:

Konto der Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck e.V. IBAN: DE15 1005 0000 6603 1693 45

■ *Sarah Jermutus, Bezirksverordnete (Grüne)*

Dragonerareal hält Kurs

Unnötige Hemmnisse für eine kooperative Quartiersentwicklung

Die Quartiersentwicklung auf dem Dragonerareal ist ein langer und komplexer Prozess, bei dem der Senat immer wieder zur Vernunft gerufen werden muss. Doch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg kämpft weiter, damit die ambitionierten Entwicklungsziele umgesetzt werden können.

Schon seit über 10 Jahren läuft das städtebauliche Verfahren, um aus dem Gewerbegebiet Dragonerareal ein gemischtes urbanes Quartier zu machen. Die gesteckten Ziele wurden gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt und werden partizipativ umgesetzt. Kernziele sind die Schaffung von rund 500 Wohnungen und bezahlbaren Gewerberäumen. Neben dem Erhalt von bestehenden Gewerbebetrieben, darunter der Club Gretchen, soll auch ein innovativer Gewerbehof entstehen. Die Wohnungen sollen zu 20 % von Genossenschaften und zu 80 % von der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft WBM errichtet werden. Die Energieversorgung soll dezentral sein und die lokale Abwasserwärme nutzen. Zahlreiche denkmalgeschützte Pferdeställe sollen sozial und kulturell genutzt werden. Wesentlich für das Vorankommen des Projektes war es, einige Hemmnisse aus dem Weg zu räumen.

Hinter der ehemaligen Dragoner-Kaserne Mehringdamm / Ecke Obentrautstraße, Blick nach Süden *Foto A.-M. Selignow*

Energiekonzept wird erfolglos in Frage gestellt

Nachdem gemeinsam mit vielen engagierten Menschen bezirksintern in unzähligen Treffen ein innovatives klima-freundliches Energiekonzept erarbeitet wurde, wollte der Senat alles kippen und auf Fernwärme umstellen, falls dies die Wohnungsbauvorhaben beschleunigen würde. Wohnungen ein paar Jahre früher, aber für immer weniger Kimaschutz, so die Logik. Die WBM wurde gebeten, das gemeinsam mit ihr entwickelte Energiekonzept zu prüfen. Sie teilte dem Senat mit, dass das Konzept Hand und Fuß hat. Maßgebend für die Zeitschiene ist nämlich das Zusammenwirken von allen Medien- und Straßenbaulastträgern.

Senat wollte Baurecht an sich ziehen

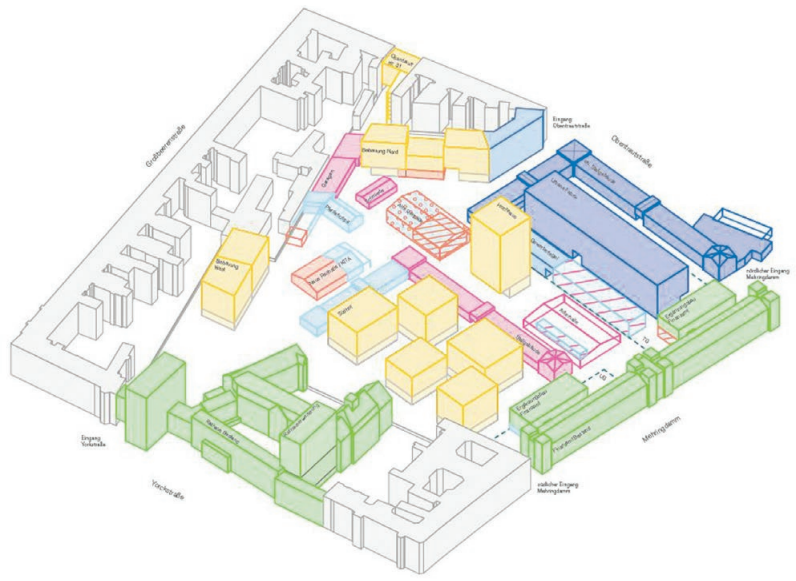
Dass der Senat lieber viel und schnell baut und dabei Bürgerbeteiligung oder Umweltbelange gerne übergangen werden, ist bekannt. Ein beliebtes Mittel, um Druck auf die für Bauplanungsverfahren zuständigen Bezirksämter auszuüben, ist es, mit dem Entzug eines Planungsverfahrens zu drohen. So geschah es auch beim Dragonerareal. Doch wir konnten deutlich machen, dass der Zeitplan des Bezirks keineswegs hinter den Vorstellungen des Senats zurückblieb und konnten die Planungshoheit des Bezirks sichern.

Senat schränkt Mitwirkung am Zukunftsrat ein

Die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten beim Dragonerareal laufen im so genannten Zukunftsrat zusammen, der aus Vertretern von Senat, Bezirk, WBM, BIM und Zivilgesellschaft besteht. Weil diese Art der Bürgerbeteiligung als zu intensiv bewertet wird, wollte der Senat den Zukunftsrat gerne abschaffen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft hat sich das Bezirksamt dem entgegengestellt. Das Ergebnis ist, dass der Zukunftsrat noch existiert, aber der Staatssekretär und die Leitungsebene von landeseigenen WBM und BIM nicht mehr daran teilnehmen.

Probleme mit Lärmschutz, weil Urbane Fabrik auf Eis liegt

In Bebauungsplanverfahren müssen Konflikte zwischen verschiedenen Nutzungen genau analysiert und gelöst werden. Leider hat der Senat es versäumt, die „Urbane Fabrik“ auf dem Dragonerareal zu Ende zu planen und zu finanzieren. Diese Urbane Fabrik ist ein Zentrum für produzierendes Gewerbe, bestehend aus einem langen Gebäudekörper, der auch die Funktion hätte den Schall des Gretchen-Clubs aufzufangen, bevor er auf die neuen Wohngebäude träfe. Wird sie nicht umgesetzt, ist ein Lärmkonflikt zwischen den verschiedenen Nutzungsarten absehbar. Nachdem der Bezirk, die Zivilgesellschaft und die Senatsverwaltung für Wirtschaft Druck gemacht haben, wurde das Projekt nur auf Eis gelegt und nicht komplett gestrichen, weil es auch in innerstädtischen Lagen Raum für Handwerk und kleine Betriebe braucht. Da diese Schallschutzfunktion voraussichtlich wegfällt, mussten andere Lösungen gefunden werden, was den Bebauungsplan um einige Monate verzögert hat.



Nutzungskonzept: Wohnen gelb, Gewerbe blau *Bild: SMAQ Architektur u.a.*

Jugend- und Kultureinrichtung gefährdet

Ein wichtiger Baustein der Quartiersentwicklung ist die Nutzung der Alten Reithalle als Kultur- und Jugendeinrichtung. Doch die Sanierung des alten Gebäudes erwies sich als langwierige Angelegenheit, insbesondere weil die Prüfverfahren beim öffentlichen Bauen sehr aufwendig sind. Problematisch ist dabei, dass der Senat mehrfach die Konzepte der Bezirke prüfen muss, was viel Zeit kostet, auch wenn gar kein Änderungsbedarf festgestellt wird. In Verbindung mit Personalmangel beim bezirklichen Hochbauservice wurde schließlich der Zeitplan für die EU-Förderperiode gerissen, sodass die Finanzierungsfrage weiter offen ist.

Beim Dragonerareal bleibt es also spannend. Leider muss das Bezirksamt immer wieder gemeinsam mit der Zivilgesellschaft die verabredeten Ziele verteidigen. Bei diesen Schwierigkeiten bleibt zu betonen, dass es vorangeht und viele Beteiligte großes Engagement zeigen. Aktuell geht es vor allem darum, die Wohnkonzepte der WBM (Stichwort gemeinschaftliches Wohnen) zu entwickeln. Mit dem Voranschreiten des Bebauungsplanverfahrens sollen ab 2027 die ersten kommunalen Wohnungen errichtet werden. Die Projekträume „Kiezraum“ und „Stadtwerkstatt“ sollen weiter bespielt werden. Sie bringen schon heute viele Menschen auf das Areal. Schaut doch auch mal vorbei, es gibt noch viel zu tun.

www.baustelle-gemeinwohl.de

■ *Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung (Grüne)*

Wir trauern um Frieder Böhne

Antifaschist, Aktivist und Forscher

Nach langer, schwerer Krankheit ist am 30. Januar diesen Jahres (2025) Klaus Friedrich Böhne verstorben. Frieder Böhne war über viele Jahre Mitglied der bezirklichen Gedenktafelkommission, überzeugter Antifaschist und über viele Jahre tätig im (Vorstand der) Berliner VVN-BVdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) und langjähriger Sprecher der VVN-VdA (ehemaliges Westberlin), Mitinitiator und Organisator des Gedenkens zum 27. Januar an der Gedenkstele in der Koppenstraße und langjähriges Mitglied in der Jury des von BVV und Bezirksamt ausgelobten Silvio-Meier-Preises.

Seit 1987 lebte Frieder in Berlin-Kreuzberg, zunächst in der Yorckstraße über der Kneipe Yorckschlösschen. Das war 1933 ein früher Ort des Nazi-Terrors, vorrangig gegen politische Gegner*innen. Die Erforschung und Sichtbarmachung der Verbrechen der Nazis und der von ihnen verfolgten und sich widersetzenden Menschen wurde das Thema seines Lebens. Von Beginn an war die erinnerungspolitische Arbeit sein Schwerpunkt. Mit großer Akribie widmete er sich der Erforschung des Lebens von Widerstandskämpfer*innen, von Orten des Nazi-Terrors und Orten des Widerstandes. Aktiv setzte er sich dafür ein, dass Orte der Erinnerung in der Stadt sichtbar werden.

Frieder Böhne (rechts) bei einer Stolpersteinverlegung des VVN-BVdA

Mit Hans Coppi und anderen erarbeitete er 2011 eine interaktive digitale Darstellung mit Biografien, Fotos und Dokumenten zu den 100 Kreuzberger Antifaschist*innen, deren Namen seit 1947 auf einer Gedenktafel im Rathaus Kreuzberg zu lesen sind.

Auch die Gedenktafeln in Kreuzberg für Johann „Rukeli“ Trollmann, Karl Behrens und Wolfgang Szepansky haben wir insbesondere seinem Engagement zu verdanken.

Stets war es ihm wichtig, die Orte und Anlässe zu nutzen, um Menschen mit der Geschichte vertraut zu machen und sie zu antifaschistischem Handeln zu bewegen. In diesem Sinne erarbeitete er auch eine Reihe von antifaschistischen Stadtrundgängen durch Kreuzberg und führte sie durch.

Aus der intensiven Beschäftigung mit der Geschichte ging eine Reihe von Publikationen hervor, darunter die Broschüre „Kein Ort der Freiheit – Das Tempelhofer Feld 1933-1945. Konzentrationslager – Luftwaffenstützpunkt – Rüstungszentrum“ (gemeinsam mit Beate Winzer), ein Kapitel des von Hans Coppi und Kamil Majchrzak herausgegebenen Buches „Das Konzentrationslager und Zuchthaus Sonnenburg“ und das Buch „Da müsst ihr euch drum kümmern. Werner Gutsche (1923-2012) und Neukölln“. Er war zudem Mitherausgeber der Zeitschrift „Kreuzberger Horn“ und in verschiedenen Bürgerinitiativen in Kreuzberg tätig.

Bis zum Schluss hatte Frieder die Hoffnung nicht aufgegeben, seine Krankheit zu besiegen und wieder aktiv tätig werden zu können.

Seit dem 30. Januar wissen wir, dass sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat. Frieder hat diesen, seinen letzten Kampf verloren. Wir werden ihn als engagierten, überaus kompetenten, dabei bescheidenen, liebenswerten und lebenslustigen Mitbürger in Erinnerung behalten. Sein viel zu früher Tod hinterlässt eine große Lücke.

■ *Elke Tischer, VVN-BVdA und Werner Heck, Bezirksverordneter (Grüne)*

Eigenbedarfskündigung

Was kann ich tun?

Ein Bündnis „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen!“ wurde im Januar gegründet und wird den Druck auf die Bundesregierung weiter erhöhen, Mieter*innen effektiv vor Eigenbedarfskündigungen zu schützen.

Ein großes Problem ist, dass im Bezirk mittlerweile rund 40% der Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden. Aber auch andere Bezirke und Kommunen sind stark betroffen. Für viele Wohnungen gelten zwar noch verschiedene Schutzfristen, doch diese laufen zunehmend aus. Damit können Menschen durch Eigenbedarfskündigungen ihre Wohnungen verlieren. Laut Berliner Mieterverein ist Eigenbedarfskündigung mittlerweile der Hauptgrund für Wohnraumverlust.

Das Thema Eigenbedarfskündigungen hat die KleiKo in ihrem Koalitionsvertrag komplett außer Acht gelassen. Das von mir mitgegründete Bündnis „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen!“ hatte an die Verhandler*innen der KleiKo präzise Forderungen gestellt, um Eigenbedarf zu entschärfen. Doch die SPD hat keine einzige Forderung dazu im Rahmen der Koalitionsverhandlungen gestellt. Ein echtes Armutszeugnis.

Aber B90/Die Grünen werden nicht locker lassen. Als besonders stark von

Umwandlung betroffener Bezirk tun wir alles, damit das Bündnis bundesweit zu einem Umdenken der Politik beiträgt. Dazu planen wir einem bundesweiten Krisengipfel und eine Vernetzung aller betroffenen Kommunen. Wir wollen erreichen, dass die Menschen aktiv werden.

Dazu planen wir aktuell gemeinsam mit engagierten Initiativen Formate der Kooperation zwischen Kommunen/Bezirken, Mieter*innen, Sozialverbänden sowie betroffenen Menschen und Hausgemeinschaften. Tragt Euch in den Newsletter ein, dann könnt Ihr auf dem Laufenden bleiben und mitmachen.

www.wohnungsnot-stoppen.de/newsletter/

■ *Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung (Grüne)*

Möbliertes Wohnen auf Zeit

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bleibt Pionier beim Kampf um bezahlbaren Wohnraum. Der Bezirk ist inzwischen der Hotspot für Mietenwahnsinn in Berlin.

Wer in Friedrichshain-Kreuzberg eine Wohnung sucht, findet kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Mieten über 20 € pro Quadratmeter sind keine Seltenheit. Zudem grassiert seit einigen Jahren ein Phänomen, das zu allem Übel das Angebot an unbefristet vermietetem Wohnraum verknappt: möbliertes Wohnen auf Zeit zu Mondpreisen. Dabei haben findige Geschäftsleute mal wieder einen Weg gefunden, das im Grunde ja mieterfreundliche Mietrecht zu umgehen. Denn wenn man befristet vermietet, gilt laut Bürgerlichem Gesetzbuch die Mietpreisbremse nicht. Und in den letzten Jahren hat sich möbliertes Wohnen auf Zeit massiv verbreitet: 70 % der Inserate für unseren Bezirk vermitteln möblierte Wohnungen auf Zeit. Die Mieterberatungsgesellschaft Asum hat im Auftrag des Bezirksamtes ermittelt, dass ein Großteil der Menschen, die möblierte Wohnungen auf Zeit anmieten, dies tun, weil sie keine normalen Wohnungen finden. Aber auch sogenannte „Global Citizens“, die sehr gut verdienen, sind die Kunden von Plattformen wie Wunderflats. Erst kürzlich wurde publik, dass in Neukölln mit krimineller Energie ein ganzes Haus für Studenten aus Asien umgebaut wurde. Für sehr kleine und billig eingerichtete Zimmer zahlten die Betroffenen Wuchermieten. Die Geschäftemacherei weist eine Bandbreite an Modellen und „Kunden“ auf, die nur schwer zu fassen sind. Sicher ist auch, dass Verträge oft rechtswidrig sind, viele Menschen also regelrecht abgezockt werden.

Missbrauch unterbinden

Doch nun die gute Nachricht: Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat mit Unterstützung des Juristen Dr. Beckmann einen Weg gefunden, möbliertes Wohnen auf Zeit zumindest in Milieuschutzgebieten zu unterbinden. Da mittlerweile im Bezirk über 90 % der Menschen in Milieuschutzgebieten wohnen, wäre dies eine spürbare Verbesserung der Mietsituation.

Obwohl das Bezirksamt schon im Jahr 2021 aktiv wurde, nimmt die Idee, im Milieuschutz möbliertes Wohnen auf Zeit zu unterbinden, erst jetzt Fahrt auf. Im Januar dieses Jahres hätte das Verwaltungsgericht eigentlich ein Grundsatzurteil fällen sollen, wozu es aber nicht kam, weil der Kläger, ein Immobilienunternehmen, kurz vor Urteilsverkündung überraschend seine Klage zurückgezogen hatte. Aber der Reihe nach: Da sich schon im Jahr 2021 abzuzeichnen begann, dass „möbliertes Wohnen auf Zeit“ zum Problem wird, wagten wir den Schritt, diese Vermietungsform als eine Nutzung zu betrachten, welche dem Ziel des Milieuschutzes zuwiderläuft und daher untersagt werden kann. Das Kernargument: Das Geschäftsmodell „möbliertes Wohnen auf Zeit“ verknappt für die angestammte Wohnbevölkerung den notwendigen Wohnraum, damit die Bevölkerungsstruktur (das Milieu) aus städtebaulichen Gründen erhalten werden kann.

Kein Grundsatzurteil

Nachdem das Bezirksamt im Jahr 2021 gegenüber der Firma White Tulip im Fall von vier Wohnungen im Gebiet Weberwiese in Friedrichshain eine Nutzungsuntersagung erließ, legte das Unternehmen Widerspruch ein. Doch das Bezirksamt blieb bei seiner Auffassung, woraufhin 2022 White Tulip Klage einreichte. Erst am 16. Januar 2025 sollte die abschließende Verhandlung stattfinden. Zwischenzeitlich hatte allerdings Dr. Beckmann im Auftrag des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf ein Gutachten angefertigt, in dem er die Argumentation des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg systematisch darstellte. Das Gutachten wurde 2024 publik, und so wurden auch andere Bezirke aktiv – das Thema wurde zum Stadtgespräch. Alle blickten nun gespannt auf das anstehende Grundsatzurteil in unserem Bezirk.

Nutzungsuntersagungen

Mit der Zurücknahme der Klage lag der Verdacht nahe, dass White Tulip ein für sie und die anderen Geschäftemacher negatives Urteil verhindert hatte. Man kann die Zurücknahme der Klage als „Flucht vor einem Grundsatzurteil“ bezeichnen. In der Konsequenz wird das Bezirksamt jetzt aber auch ohne Rechtsprechung in der Breite seine neue Rechtsauffassung umsetzen – natürlich immer mit Augenmaß. Andere Bezirke sehen es ähnlich. Und so arbeiten nun mindestens sechs Bezirke parallel daran, möbliertes Wohnen auf Zeit zu unterbinden. Um das Wissen aller Bezirke zusammenzubringen, hatte ich im April alle Bezirksämter und den Senat zu einem Fachgespräch ins Rathaus Kreuzberg eingeladen. Daraus ging die Verabredung hervor, gemeinsam vorzugehen und sich bei rechtlichen Fragen gegenseitig zu unterstützen. Spannend wird nun, wann es das erste Urteil zur neuen Verwaltungspraxis der Berliner Bezirke geben wird. Wesentlich wird es darauf ankommen, ob die Nutzungsuntersagungen unmittelbar vollstreckbar sind. Bisher gab es dazu verschiedene Rechtsauffassungen. Zwar würde eine unmittelbare Vollstreckung nicht dazu führen, dass Mieter*innen ausziehen müssten. Aber nach Ablauf des temporären Mietvertrags dürfte für die jeweilige Wohnung kein neuer befristeter Mietvertrag abgeschlossen werden.

Damit möglichst viele Nutzungsuntersagungen ausgesprochen werden können und damit ein deutliches Signal an die Geschäftemacher geht, ist das Bezirksamt auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Denn auf den Plattformen werden die Adressen der möblierten Wohnungen nicht genannt. Unter https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/gruppe-erhaltungsgebiete/formular.1436228.php können Fälle gemeldet werden – auch anonym.

Florian Schmidt, Bezirksstadtrat für Bauen, Planen, Kooperative Stadtentwicklung (Grüne)

Möblitertes Wohnen in Milieuschutzgebieten beim Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (anonym) melden:

Fehlender Mieterschutz

Schwarz-Rot verschärft die Wohnungskrise

CDU und SPD verschärfen in Berlin die Wohnungskrise, indem sie Mieterschutz versprechen, aber nicht liefern – während Mieten steigen, Sozialwohnungen verschwinden und Verdrängung zunimmt. Dringend nötige Maßnahmen wie Rekommunalisierung, Regulierung von möbliertem Wohnen und Schutz vor Eigenbedarfskündigungen bleiben aus, obwohl die soziale Schieflage immer größer wird.

Wer im Koalitionsvertrag der „Kleinen Koalition“ auf Bundesebene nach Verbesserungen im Mietrecht sucht, wird zunächst hoffen: Versprochen wird etwa eine Verschärfung der Mietpreisbremse, ein besserer Schutz vor der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Stärkung des kommunalen Vorkaufsrechts. Doch wer in Berlin lebt, weiß: Auf Versprechen von CDU und SPD beim Mieterschutz ist wenig Verlass. Auch im schwarz-roten Berliner Koalitionsvertrag von 2023 stehen einige gute Vorhaben – doch seit über 14 Monaten passiert kaum etwas.

Dabei spitzt sich die Wohnungskrise in der Stadt weiter dramatisch zu. Die Angebotsmieten steigen, selbst Durchschnittsverdienende finden kaum noch bezahlbare Wohnungen. Sozialwohnungen verschwinden, während der bezahlbare Neubau stockt. Gleichzeitig explodieren die Preise für befristetes, möbliertes Wohnen und Eigenbedarfskündigungen verdrängen immer mehr Menschen aus ihren Kiezen. Obdachlosigkeit und soziale Spaltung nehmen zu. Doch CDU und SPD setzen weiter auf den freien Markt und Neubau statt auf Schutz und Gemeinwohl. Damit verschärfen sie die soziale Schieflage in Berlin.

Zwar wurde inzwischen die viel diskutierte Mietpreisprüfstelle eingerichtet, die Verstöße gegen die Mietpreisbremse ahnden soll. Doch sie bleibt ein zahnloser Tiger: Statt Mieter*innen aktiv zu unterstützen, werden sie nur an die kostenfreien Mieterberatungen der Bezirke verwiesen, die es

Katrin Schmidberger

seit 2018 gibt. Was fehlt, ist eine zentrale Anlaufstelle, die Menschen nicht nur berät, sondern auch rechtlich begleitet. Besonders unverständlich ist, dass die Prüfstelle nicht auch gegen Mietwucher vorgehen darf. Dabei gibt es reichlich Bedarf: Von Juni bis Dezember 2024 wurden 512 Anzeigen bei den Bezirken registriert – doch diese sind personell und finanziell kaum in der Lage, konsequent zu handeln. Der Senat bleibt untätig und begnügt sich mit dem absoluten Minimum.

Schutz vor Wohnungsverlust? Fehlanzeige

Auch für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, bleibt der Schutz aus. Dabei hatte die Koalition versprochen, bis 2030 die Wohnungslosigkeit zu beenden. Stattdessen wurden 2024 erneut deutlich mehr Räumungen durch landeseigene Wohnungsunternehmen verzeichnet – besonders drastisch bei der GESOBAU, wo die Zahl von 20 auf 95 anstieg. Notwendig wären Prävention, ein starker Räumungsschutz und ein zentrales Räumungsregister, das alle Fälle dokumentiert. Doch all das bleibt aus. Ebenso wird der Wohnungstausch zwischen Menschen, die zu groß oder zu klein wohnen, weiterhin von landeseigenen Unternehmen blockiert – obwohl genau das Entlastung schaffen könnte.

Beim Zweckentfremdungsverbot, das Wohnraum vor spekulativem Leerstand und Abriss schützen soll, herrscht Stillstand. Zwar wurde Anfang 2024 eine Anhörung dazu durchgeführt, doch der Senat verweigert selbst kleine Verbesserungen. Das ist umso fataler, da nach wie vor mehr Wohnungen abgerissen als neue Sozialwohnungen gebaut werden. Die Wohnungs- und Bauaufsicht bleibt ohne landesweite Strategie, während Bezirke mit überforderten Ämtern und fehlenden Ressourcen allein gelassen werden. Viele Häuser wechseln seit Jahren die Eigentümer*innen, ohne dass sich jemand um Instandhaltung kümmert.

Fehlende Transparenz und Missbrauch wohin man blickt

Ein dringend benötigtes Miet- und Wohnungskataster nach Schweizer Vorbild, das Eigentumsverhältnisse transparent machen und den Schutz von Wohnraum erleichtern würde, wurde zwar angekündigt – doch seit dem Koalitionsvertrag hat man nichts mehr davon gehört. Ebenso blockiert der Senat eine stärkere Regulierung des möblierten Wohnens, das oft überteuert angeboten wird. Auch Fälle von Eigenbedarfskündigungen sollen weder systematisch erfasst noch auf mögliche vorgetäuschte Gründe geprüft werden.

Ein weiteres zentrales Thema bleibt das Vergesellschaftungs-Volksbegehren: Laut Koalitionsvertrag soll bei einem positiven Votum der Expert*innenkommission ein Vergesellschaftungsrahmengesetz kommen. Doch statt zu handeln, vergibt der Senat immer neue Gutachten, deren Ausschreibungen sich endlos verzögern. Dieses Verhalten zeigt, dass mit Schwarz-Rot keine soziale Mietenpolitik zu machen ist.

Wichtige Instrumente wie die Rekommunalisierung und der Ankauf von Wohnraum – früher ein wirksames Mittel gegen Spekulation – lässt die Koalition ebenfalls brachliegen. Beispielhaft steht die verpasste Chance in der Schönleinstraße 19. Auch beim Thema Neubau zeigt sich, mit wem der Senat die Stadt gestalten will: Privaten Wohnungskonzernen wie Vonovia wird der rote Teppich ausgerollt, während gemeinwohlorientierte Akteure ausgebremst werden. Genossenschaften, die bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen, erhalten keine Planungssicherheit. Förderanträge für Neubau oder Ankauf bleiben monatelang unbearbeitet, auch wenn die Voraussetzungen längst erfüllt sind. Zivilgesellschaftliche Beteiligung scheint ebenso unerwünscht zu sein – das zeigte sich zuletzt bei Verfahren zum Molkenmarkt und zum Tempelhofer Feld.

Papier bleibt geduldig

Am Ende zählt nicht, was in Koalitionsverträgen steht, sondern was umgesetzt wird. In Berlin und auf Bundesebene zeigt sich: Der politische Wille für eine soziale Mietenpolitik fehlt. Doch genau das bräuchte es jetzt dringender denn je: eine Stärkung der Mieter*innenrechte, ein konsequenter Schutz vor Verdrängung und eine Offensive für dauerhaft bezahlbaren, gemeinwohlorientierten Wohnraum.

Berlin hatte bereits wichtige Impulse gesetzt – mit Rekommunalisierungen, dem Vorkaufsrecht, Milieuschutz, Förderprogrammen für Genossenschaften und Konzeptverfahren für bezahlbare Mieten. Doch vieles davon wurde unter CDU und SPD zurückgefahren oder ganz gestoppt. Umso nötiger wäre nun eine Bundesregierung, die aktiv handelt: mit einem bundesweiten Mietendeckel, einer neuen Wohngemeinnützigkeit nach Wiener Vorbild, konsequentem Schutz vor Verdrängung und einer sozialen Bodenpolitik. Denn ohne diese Wende wird der Wohnungsmarkt weiter aus dem Ruder laufen – zu Lasten derer, die ihn am wenigsten tragen können. Wir müssen daher gemeinsam, Haus für Haus, für eine gerechte Wohnraumpolitik kämpfen.

Katrin Schmidberger, MdA Sprecherin für Wohnen und Mieten (Grüne)

Impressum

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Henry Arnold (V.i.S.d.P.), Günter Bartsch, Renate Exner, Werner Heck, Klaus Heymach, Jenny Laube, Andreas-Martin Selignow

Kontakt zur Redaktion:
stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: A.-M. Selignow
Auflage: 5.000
Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Xhain – Der Bezirk, der Klima kann

Friedrichshain-Kreuzberg will bis 2045 ein grüner, sozial gerechter und lebenswerter Bezirk werden, in dem Klimaschutz und soziale Fragen Hand in Hand gehen. Mit konkreten Maßnahmen, zwei integrierten Klimakonzepten und der aktiven Zivilgesellschaft gestalten wir den Wandel – trotz fehlender Unterstützung von Senat und Bund – gemeinsam und entschlossen.

Friedrichshain-Kreuzberg im Jahr 2045: Ein grüner, sozial gerechter und lebenswerter Bezirk mit blühenden Oasen statt Beton, sicheren Fahrradstraßen und frischer Luft statt Abgasen. Der öffentliche Raum gehört den Menschen, Dächer und Fassaden sind begrünt, der Landwehrkanal wird von einer grünen Fuß- und Radpromenade gesäumt. Energie stammt aus Photovoltaikanlagen, die Wohnungen sind klimafreundlich, energieeffizient und bezahlbar.

Diese Vision ist kein Wunschtraum, sondern unser Ziel. Friedrichshain-Kreuzberg war immer ein Ort des Aufbruchs, die Menschen gestalten ihre Nachbarschaft aktiv. Wer, wenn nicht wir, kann diese Vision Wirklichkeit werden lassen?

Aktuell werden im Bezirk jährlich 1.124.538 Tonnen Treibhausgase ausgestoßen – 43 % durch die Wirtschaft, 42 % durch private Haushalte, 14 % durch Verkehr und 1 % durch öffentliche Gebäude. Als kleinster und am dichtesten besiedelter Bezirk Berlins ist Xhain besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen: Während hier durchschnittlich 106 Menschen auf der Fläche eines Fußballfeldes leben, sind es im Nachbarbezirk Treptow-Köpenick nur 11. Die Temperaturen steigen im Sommer deutlich stärker als im Umland, an heißen Tagen bis zu 11 Grad mehr. Deshalb müssen wir entschlossen handeln, um die Lebensqualität unter den veränderten Bedingungen für uns und kommende Generationen zu erhalten.

Das erfordert gemeinsames Handeln von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Bezirk hat in den vergangenen Jahren bereits viel angestoßen: Pop-up-Radwege wurden verstetigt, Flächen entsiegelt und gemeinsam mit Anwohner*innen Verkehrsberuhigungskonzepte entwickelt. Die Klimakrise betrifft alle – besonders aber vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen oder Vorerkrankungen und Kinder. Klimaschutz ist deshalb auch eine soziale Frage. Wer in schlecht isolierten Wohnungen lebt, sich keine Klimaanlage leisten kann oder an einer Hauptverkehrsstraße wohnt, ist besonders betroffen. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen.

Eine Vision für das Schlesische Tor

Foto: Reinventing Society & loomn

Der Bezirk hat sich bereits auf den Weg gemacht

Friedrichshain-Kreuzberg zeigt, dass Klimaschutz machbar ist: Als erster Berliner Bezirk haben wir zusammen mit der engagierten Zivilgesellschaft zwei integrierte Konzepte für Klimaschutz und Klimaanpassung entwickelt. Sie liefern fundierte Daten, konkrete Maßnahmen und eine langfristige Strategie, um klimatische Herausforderungen wirksam zu bewältigen. Besonders betroffene Gebiete wurden identifiziert, Schlüsselmaßnahmen definiert und Projekte zur Emissionssenkung geplant – unter anderem Entsiegelungen, Regenwassernutzung, Maßnahmen für vulnerable Gruppen und Modellprojekte für klimafreundliche Gebäudesanierungen.

Bis Ende 2024 wurden 69 Liegenschaften – etwa Schulen – mit adaptiven Heizkreisregelungen ausgestattet. Das spart jährlich 2.500 Tonnen CO_2 und rund eine Million Euro Heizkosten. Über 30 kommunale Dächer sind bereits mit Photovoltaikanlagen ausgestattet, zwölf weitere folgen. Klimaschutz wird bei uns konkret und greifbar.

Wichtige Fördermittel konnten eingeworben werden: In den letzten zwei Jahren rund zehn Millionen Euro. Doch entscheidend bleibt, welchen finanziellen Rahmen Bund und Land künftig setzen. Der schwarz-rote Berliner Senat vernachlässigt den Klimaschutz: Während der milliardenteure Weiterbau der A100 vorangetrieben wird, werden Klimaschutzmittel massiv gekürzt. Das ist unverantwortlich.

Unser Bezirk lebt von seiner aktiven Zivilgesellschaft

Trotzdem: Friedrichshain-Kreuzberg lebt von seiner aktiven Zivilgesellschaft, von Initiativen, Unternehmen und engagierten Menschen. Das macht Mut. Die Klimakonzepte bieten einen klaren Fahrplan für einen klimaneutralen, klimaresilienten Bezirk. Der Weg ist herausfordernd, aber machbar. Die Balance zwischen begrenzten Ressourcen und großen Ambitionen ist schwierig – doch wir nehmen sie an.

Ich danke allen, die sich für ein klimafittes Friedrichshain-Kreuzberg einsetzen. Gemeinsam können wir auf die Stärken unseres Bezirks bauen: Vielfalt, Zusammenhalt und den Mut, Veränderung anzupacken. So wird unser Bezirk noch grüner, gerechter und lebenswerter. In 20 Jahren möchte ich durch naturnahe Räume spazieren, in denen Austausch und Gemeinschaft gelebt werden. Danke an alle, die mit uns an dieser Zukunft arbeiten – für uns und für die Kids.

Die Klimakonzepte sind auf der Webseite des Bezirksamts abrufbar.

www.berlin.de/klima-xhain

Clara Herrmann, Bezirksbürgermeisterin Friedrichshain-Kreuzberg (Grüne)

Versprechen gehalten: Fünf Jahre Umwelt- und Naturbildungszentren in allen Bezirken

Wie B90/Die Grünen in der Regierungszeit die Berliner Bildungslandschaft nachhaltig bereichert haben

„Unter den Linden heißt unter den Palmen“, schrieb Peter Fox 2008 – nicht ahnend, welche Hitzerekorde die Stadt 2024 erleben würde. Es war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – wieder einmal. Auch 2019, 2020 und 2023 gehörten bereits zu den heißesten Jahren. Inmitten der Klimakrise sind Berlins 2.500 Grünanlagen und 29.000 Hektar Wald wichtige Zufluchtsorte. Aber brauchen wir wirklich immer extreme Ereignisse wie Hitzewellen oder Pandemie-Lockdowns, um den Wert der Stadtnatur zu erkennen?

Nein – denn Stadtnatur sollte nicht nur erlebbar, sondern auch begreifbar sein. Wer die Natur versteht, wird sie schützen. Hier setzen die Umwelt- und Naturbildungszentren an, die jetzt ihr fünfjähriges Jubiläum feiern. Als wir Grüne 2016 Regierungsverantwortung übernahmen, war das Ziel klar: In jedem Berliner Bezirk ein Umwelt- und Naturbildungszentrum einzurichten. Wir haben Wort gehalten. Seit fünf Jahren haben die Berliner*innen – vor allem Kinder und Jugendliche – in allen zwölf Bezirken Zugang zu Umwelt- und Naturbildung.

Zwölf Zentren für eine naturnahe Bildungslandschaft

Berlins Zivilgesellschaft war schon immer der Motor unserer Stadt – auch in der Umwelt- und Naturbildung. Anfang 2019 engagierten sich über 100 Initiativen mit großer Leidenschaft dafür ihr Wissen weiterzugeben. Doch Geld vom Senat? Fehlanzeige. In den schwarz-roten Regierungsjahren unter Klaus Wowereit und Michael Müller spielten Umwelt- und Naturbildung kaum eine Rolle. Die Bezirke erhielten immer weniger Geld für die Baumpflege, Umweltbildung blieb ein Ehrenamt.

Turgut Altuğ

Wer Regierungsverantwortung übernimmt, muss unserer Stadt, den Menschen und der Natur gerecht werden und wertvolle ehrenamtliche Arbeit unterstützen – auch finanziell. 2020 wurden in jedem Bezirk Koordinierungsstellen ausgewählt, um die vielen Initiativen besser zu vernetzen. Diese Stellen sind nicht nur Ansprechpartnerinnen für Engagierte, sondern schlagen auch die Brücke zu Kitas und Schulen. So ist ein berlinweites Netzwerk entstanden, das Naturerleben für alle ermöglicht – unabhängig vom Wohnort oder Geldbeutel.

Fünf Jahre später sind die Umwelt- und Naturbildungszentren aus Berlin nicht mehr wegzudenken. Ob Exkursionen für Schulklassen, Familienausflüge oder Angebote für ältere Menschen: Sie bringen Berliner*innen jeden Alters die Natur näher – das ist in einer Millionenstadt wie Berlin keine Selbstverständlichkeit.

Naturverständnis als gesamtstädtisches Konzept

Die Umwelt- und Naturbildungszentren sind Teil eines größeren Plans für eine grünere und lebenswertere Stadt. Auch das Projekt der Stadtnatur-Rangerinnen und -Ranger gehört dazu. Die Teams, die in allen Bezirken unterwegs sind, vermitteln zwischen Mensch und Natur, bieten Führungen an und organisieren Junior-Ranger-Programme. Zugleich leisten sie praktischen Naturschutz, indem sie Schäden melden oder seltene Arten dokumentieren.

Auch das Projekt der Parkmanager*innen bzw. Parkläufer*innen habe ich mit angestoßen. Sie sind direkt in bestimmten Parks präsent, lösen Konflikte und fördern damit einen respektvollen Umgang mit den Grünflächen. All diese Maßnahmen zeigen: Umwelt- und Naturbildung müssen als Ganzes gedacht werden. Sie gehören nicht nur in Klassenzimmer oder Kitas, sondern mitten ins Leben, direkt in die Nachbarschaft. Dort entstehen echte, persönliche Naturerfahrungen, die unser Verhältnis zur Umwelt dauerhaft prägen. Und sie schaffen mehr Gerechtigkeit, weil sie besonders Menschen mit wenig Geld oder wenig Zugang zur Natur erreichen.

Ein Erfolgsmodell braucht Unterstützung

Die Berliner*innen lieben ihre Natur – auch, weil sie ihr schon als Schulkinder auf Ausflügen begegnen. Doch gute Umweltbildung braucht eine verlässliche Finanzierung. Umso alarmierender war die Nachricht, dass Schwarz-Rot hier im Nachtragshaushalt 2025 um rund 30 Prozent kürzen wollte. Mit großem Einsatz vieler – auch aus den Koalitionsfraktionen – konnten wir diese Einschnitte verhindern. Zum Glück: Denn im Verhältnis zu anderen Haushaltsposten sind die Beträge klein, ihre Wirkung aber enorm.

Statt Kürzungen braucht es jetzt mehr Unterstützung. Viele Einrichtungen sind Monate im Voraus ausgebucht – ein Beweis, dass das Interesse groß ist, vor allem von Schulen und Kitas. Umwelt- und Naturbildung darf nicht allein auf den Schultern von Ehrenamtlichen lasten. In Zeiten der Klimakrise ist sie kein Bonus, sondern eine dringende Notwendigkeit. Lasst uns deshalb unsere Stadtnatur und unser Stadtgrün schützen, pflegen und stärken – als rettende Oasen in heißen Sommern, als Lernorte mitten in der Stadt und als Teil unserer Antwort auf die global Klimaerwärmung.

Turgut Altuğ, MdA, Sprecher für Naturschutz, Umwelt- und Naturbildung und Landwirtschaft und Ernährung (Grüne)

Alle Artikel zum Thema Umwelt, Klima und Natur auf unserer Webseite:
gruene-xhain.de/kategorie/umwelt-natur-klima/

Denkt groß, nicht klein

Bildung muss unkürzbar sein!

Am 26. März 2025 war die Tribüne des Saals für die Verordnetenversammlung im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bunt gefüllt mit Kindern, Eltern und pädagogischem Personal der Lemgo-Grundschule aus Kreuzberg. Mit großen Bannern und Musikinstrumenten waren sie gekommen, um für das zu kämpfen, was ihnen zusteht: eine gute, gerechte und umfassende Bildung. Laut machten sie deutlich, dass sie die aktuellen senatsseitigen Kürzungen im Bildungsbereich nicht einfach hinnehmen werden. Die drohende Schließung ihrer Schulbibliothek und die Streichung einer Stelle für Schulsozialarbeit waren für sie ein klarer Beweis dafür, dass der Senat an der falschen Stelle spart.

„Die Schulbibliothek brauchen wir, um uns in den Pausen auszuruhen und schöne Bücher lesen zu können. Die Sozialarbeiter*innen sind wichtig, wenn wir einen Streit in der Klasse haben. Denn sie unterstützen uns dabei, ihn zu lösen. Wie könnt Ihr uns helfen, diese wichtigen Dinge zu erhalten?“ fragten Cleo und Henny, beide 9 Jahre alt, auf dem Podium der BVV.

Sparen auf dem Rücken der Schwächsten

Die Lemgo-Grundschule ist leider kein Einzelfall in unserem Bezirk. Auch in anderen Schulen werden Stellen von Schulsozialarbeiter*innen gestrichen, wodurch wertvolle Unterstützung für Kinder verloren geht. Gerade diejenigen, die es besonders schwer haben – Kinder mit Fluchterfahrung oder mit besonderen Förderbedarfen – brauchen verlässliche und vertraute Ansprechpersonen im Schulalltag. Sozialarbeiter*innen helfen Konflikte zu lösen, Ängste abzubauen und ein Lernumfeld zu schaffen, in dem sich alle Kinder gut entwickeln können. Ihre Arbeit ist essenziell, um Chancengleichheit zu ermöglichen und doch wird sie jetzt massiv beschnitten.

Auch andere Bildungsangebote werden dem Sparzwang geopfert: Natur- und Werkpädagogik verschwinden aus dem Schulalltag, obwohl gerade diese praxisorientierten und kreativen Ansätze vielen Kindern helfen, sich mit Freude und Motivation Wissen anzueignen. Wer hier kürzt, spart nicht – er nimmt Kindern Zukunftschancen.

Schulersatzprojekte für Kinder, denen der Besuch einer Regelschule nicht möglich ist, werden genauso gekürzt wie Brückenangebote für geflüchtete Kinder – Angebote, die die Zeit des Wartens auf einen Regelschulplatz bisher ausgefüllt und strukturiert haben.

BVV-Saal am 26.03.2025 *Foto: Olja Koterewa*

Die Leidtragenden dieser Kürzungen sind vor allem jene Schülerinnen und Schüler, die ohnehin schon mit großen Herausforderungen zu kämpfen haben. Sie sind es, die im Schulalltag den Halt verlieren, wenn Strukturen wegbrechen. Sie sind es, die auf Unterstützung angewiesen sind, die ihnen nun genommen wird.

Bildung ist ein Grundrecht und muss es bleiben!

Doch wir sagen: Bildung ist kein Luxus, den man nach Kassenlage gewährt oder streicht. Bildung ist ein Grundrecht! Investitionen in Schulen sind Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft. Eine Politik, die an Bildung spart, spart am sozialen Zusammenhalt, an Chancengerechtigkeit und an der Zukunft unserer Kinder. Das werden wir nicht akzeptieren!

Wir – die Fraktion der Grünen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg – stehen an der Seite der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte, die sich für den Erhalt und Ausbau einer starken und gerechten Bildungslandschaft einsetzen.

Wir als Grüne Bezirksverordnete – und damit gewählte Vertreter*innen der Menschen in unserem Bezirk – fordern den Senat auf, die Kürzungen zurückzunehmen und eine Bildungsstrategie zu entwickeln, die keine Kinder zurücklässt: Am 26.03.2025 haben wir, gemeinsam mit den Fraktionen der Linken und der SPD, eine Resolution in die BVV eingebracht: Keine Zukunft ohne Bildung – Berlins Sparkurs gefährdet die Chancen der Kinder und Jugendlichen in unserem Bezirk!

Die Fraktion der CDU in unserer BVV hat diese Resolution abgelehnt.

Doch wir stehen an der Seite der Kinder und ihrer Familien in unserem Bezirk. Wir bleiben laut und sichtbar. Denn Bildung und die Zukunft unseres Bezirks ist nicht verhandelbar und muss unkürzbar bleiben!

■ *Olja Koterewa, Bezirksverordnete (Grüne)*

Resolution: www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/v0020.asp?VOLFDNR=11920

Kulturabbau und Haushaltchaos

Wie der schwarz-rote Senat die Bezirkskultur kaputtspart

Das Berghain *Foto: Daniel Wesener*

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD ist gerade einmal zwei Jahre alt. Von ihren politischen Versprechungen ist wenig übrig geblieben, vor allem im Kulturkapitel. Hier fällt nahezu das gesamte offizielle Regierungsprogramm den drastischen schwarz-roten Haushaltskürzungen zum Opfer.

Statt zusätzlicher künstlerischer Arbeitsräume gibt es zukünftig weniger; statt fairer Entlohnung werden die Mindesthonorare gestrichen; statt mehr kultureller Teilhabe wird der Museumssonntag abgeschafft und vor allem bei der Kulturellen Bildung gekürzt.Und nun erweist sich ein weiteres Versprechen der Regierungskoalition als Makulatur. Das Versprechen, dass Berlins Bezirke von den Kürzungen verschont bleiben. Ende Januar, rund einen Monat nach Beginn des neuen Haushaltsjahres, wurde den Kommunalen Galerien von der Kulturverwaltung mitgeteilt, dass ihre sogenannten Ausstellungshonorare komplett gestrichen werden. Konkret geht es in 2025 um 650 Tausend Euro an Honoraren für Kunstschaffende, die in den Galerien ihre Werke zeigen. Das stellt die bezirklichen Einrichtungen vor ein Dilemma: Entweder sie verlangen von den Künstlerinnen und Künstlern, auf die Entlohnung ihrer Arbeit zu verzichten, oder sie müssen gleich ganz auf solche Ausstellungen verzichten. Das ist sozial ungerecht und das Gegenteil vom Versprechen „guter Arbeit im öffentlichen Auftrag“. Es gefährdet aber auch die Arbeit der Kommunalen Galerien und die kulturelle Infrastruktur in den Bezirken.

Kulturelle Bildung vor dem Aus

Auch bei der Kulturellen Bildung sind die Bezirke am stärksten von den Kürzungen von CDU und SPD betroffen. Gestrichen wird vor allem bei kleinen, dezentralen Projekten im Stadtraum, die eng mit bezirklichen Einrichtungen und lokalen Trägerstrukturen zusammenarbeiten. Mitunter sind es wenige Zehntausend Euro, deren Wegfall gleich die ganze Existenz in Frage stellt, weil somit die Mittel für die Büromiete oder die einzige halbe Personalstelle fehlen. Dieser Verlust an Räumen und Strukturen reißt weitere Löcher in die kulturelle Infrastruktur in der Fläche als Teil von Berlins öffentlicher Grundversorgung.

Atelier- und Projekträume-Sterben

Hinzu kommen die Kürzungen beim künstlerischen Arbeitsraumprogramm, dem eigentlichen Rückgrat der Kunststadt Berlin. CDU und SPD haben die Mittel für Atelier-, Proben- und Präsentationsräume um 23 Millionen Euro und damit mehr als die Hälfte zusammengestrichen. Praktisch sind die Einsparvorgänge nur dadurch zu erbringen, dass auslaufende Mietverträge nicht verlängert werden. In den nächsten zwei Jahren betrifft das rund 100 Arbeitsräume, ein Großteil davon liegt in Friedrichshain-Kreuzberg. Alle diese Atelierhäuser und Kulturorte gehen dauerhaft verloren, auch weil bei vielen davon die bisherigen Mietenkosten unterhalb der marktüblichen liegen und eine Neuanmietung deutlich teurer wäre. Der schwarz-rote Senat handelt damit faktisch völlig unwirtschaftlich. Gleiches gilt für die Projekträume, in denen gemeinnützige Akteur*innen Bildende Kunst zeigen – in ganz verschiedenen Nachbarschaften, niedrigschwellig und eintrittsfrei. Die Regierungskoalition hat ihre Finanzierung bereits im letzten Jahr um eine Million Euro gekürzt. Auch hier verliert Berlin offene, kreative Räume, während immer mehr Gewerberäume leer stehen und Einkaufsmeilen veröden.

Protest gegen die nächste Kürzungsrunde

Als wäre die Lage der Kulturhauptstadt nicht verzweifelt genug, planen CDU und SPD schon die nächsten Kürzungen: 2025 sind es 135 Millionen Euro, die im Kulturhaushalt gestrichen wurden; im nächsten Jahr sollen es sogar 150 Millionen sein. Das sind fast 20 Prozent der gesamten Berliner Kulturförderung. Oder um es plastisch zu machen: Das entspricht dem finanziellen Volumen von sechs großen Theater- und Konzerthäusern oder der kompletten Projektförderung für alle künstlerischen Sparten und die Kulturelle Bildung plus ein Opernhaus.

Und wieder ist nicht einmal der Koalition selbst klar, wie diese gigantischen Einsparungen im Kulturbereich überhaupt erbracht werden können. Ganz zu schweigen von dem Flurschaden für die Kulturhauptstadt, ihre internationale Strahlkraft und die städtische Wirtschaft. Das hat inzwischen auch der Regierende Bürgermeister realisiert: Kai Wegner übt sich seit Dezember im selbstausgerufenen „Kulturdialog“ mit Teilen der Berliner Kulturszene. Offenbar wollte man auch in der Senatskanzlei nicht länger dabei zusehen, wie Kultursenator Joe Chialo (CDU) eine Schneise der Verwüstung durch Berlins Kulturlandschaft zieht. Das ist auch ein Erfolg von #BerlinIstKultur, einem Bündnis von Kulturinstitutionen, -einrichtungen und -projekten, Spartenverbänden sowie der Freien Szene. Dass die Regierung endlich den Dialog mit einigen von ihnen sucht, ist gut. Doch die Proteste werden weitergehen, wenn sich der Senat nicht korrigiert und seine Kürzungsvorgaben für den Kulturbereich auf ein vertretbares Maß absenkt. Anderenfalls wird aber auch Kai Wegner sein Versprechen, dass keine große Kultureinrichtung in der Stadt ihre Pforten schließen muss, nicht halten können. Es wäre nicht das erste Versprechen, dass seine Regierungskoalition bricht.

■ *Daniel Wesener, MdA,* Sprecher für Kulturfinanzierung (Grüne)

Mitglied werden

Du willst etwas verändern? Oder auch nur ideell und finanziell unterstützen? Du kannst ganz einfach online Mitglied werden.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1 % vom Nettoeinkommen und in der Regel erhält man 50 % davon über die Steuererklärung zurück. Du bist knapp bei Kasse? Rede mit uns, wir finden eine Lösung.

Bei Fragen melde dich in der Geschäftsstelle; Kontakt und Öffnungszeiten stehen auf der nächsten Seite.

Mitarbeiten in unseren AGs kannst du aber auch ohne Mitgliedschaft. Schau dich einfach auf unserer Webseite um und komme zu unseren Veranstaltungen: gruene-xhain.de

Verkehrssicherheit in Berlin

Jede Opferzahl steht für ein Menschenleben

Hinter jeder Unfallzahl steht ein Mensch, ein Schicksal, eine Familie. Doch Berlins Regierung kürzt die Mittel für Verkehrssicherheit und riskiert damit das Leben der Schwächsten.

Täglich sind wir auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, nach Hause – zu Fuß, auf dem Rad, mit Bus, Bahn oder Auto. Egal wie: Wir alle haben das Recht, sicher von A nach B zu kommen.

Doch die traurige Bilanz des letzten Jahres müsste einen Aufschrei auslösen: 55 Verkehrstote. Das entspricht etwa der Größe von zwei Schulklassen – und mehr als 15.000 Verletzte. Gäbe es irgendwo anders so viele Opfer, wäre der Ruf nach Konsequenzen laut. Im Straßenverkehr aber herrscht Stille. Es wird so getan, als ginge es nur um Zahlen. Dabei steht hinter jeder Zahl ein Mensch: die junge Mutter, die mit ihrem Kind überfahren wird, die Kollegin, die nach einem Lkw-Unfall im Rollstuhl sitzt, der Nachbar, der an seinen Verletzungen stirbt. Selbst vermeintlich leichte Unfälle traumatisieren oft ein Leben lang. Und auch die Angehörigen der Opfer bleiben zurück – mit Schmerz und der Frage: Warum passiert das immer wieder?

Versprechen gebrochen: Vision Zero in weiter Ferne

Im Koalitionsvertrag verpflichteten sich CDU und SPD, die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Doch in der Praxis werden vorgesehene Mittel gekürzt und sinnvolle Maßnahmen blockiert. Für die Berliner CDU ist die Verkehrswende grüne Ideologie, nicht der Weg zu mehr Sicherheit. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner trat mit dem Versprechen an, Berlin sicherer zu machen. Doch für die Opfer von Verkehrsunfällen fehlt nicht nur seine Anteilnahme, sondern auch ein konsequentes Sicherheitskonzept.

Geisterrad Buckower Damm/Gutschmidtstr. *Foto: Andreas-M. Selignow*

Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur Vision Zero – dem Ziel, dass im Straßenverkehr niemand tödlich oder schwer verletzt wird. Doch die Realität sieht anders aus: Zu den ersten Amtshandlungen der neuen CDU-Verkehrssenatorin zählten der Radwegestopp und die Ankündigung, Tempo 30 an Hauptstraßen zurückzunehmen – Maßnahmen, die nachweislich Leben retten. Vorschläge für mehr Bremskissen, Blitzer, Verkehrsberuhigung und sichere Kreuzungen werden systematisch abgelehnt. Illegale Autorennen, Raserei und steigende Opferzahlen werden hingenommen.

Gefährliche Kreuzungen, verschleppte Maßnahmen

Besonders betroffen sind Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg mit einigen der gefährlichsten Kreuzungen der Stadt. Rund um das Schlesische Tor kam es im letzten Jahr fast täglich zu Unfällen. Auch das Frankfurter Tor, der Moritzplatz und das Kottbusser Tor gehören regelmäßig zu den Spitzenreitern der Unfallstatistiken. Laut Mobilitätsgesetz ist der Senat verpflichtet, jährlich 30 Kreuzungen sicher umzubauen. Im letzten Betrachtungszeitraum wurden berlinweit gerade mal sieben Kreuzungen umgestaltet – keine davon in Friedrichshain-Kreuzberg.

Zu den Hauptursachen von Unfällen gehören überhöhte Geschwindigkeit, Rotlichtverstöße und Alkohol am Steuer. Klar ist: Je höher die Geschwindigkeit, desto tödlicher der Zusammenstoß. Das Risiko, bei Tempo 30 zu sterben, ist um 75 Prozent geringer als bei Tempo 50. Tempo 30 ist schnell umsetzbar und sofort wirksam. Lyon und Bologna zeigen, dass Städte durch flächendeckende Temporeduktion Unfälle drastisch reduzieren können. In Bologna kam seit Einführung von Tempo 30 kein zu Fuß gehender Mensch mehr ums Leben. Berlin jedoch steuert in die entgegengesetzte Richtung.

Die Schwächsten zahlen den höchsten Preis

Besonders Menschen ohne schützenden Fahrzeugpanzer – zu Fuß Gehende, Radfahrende, Kinder, Ältere und Menschen mit Beeinträchtigung – sind die Leidtragenden. Dennoch werden Gelder für sichere Radwege, Fußgängerüberwege, Blitzanlagen und Kreuzungsumbauten gestrichen. Der Autofluss hat für den Senat Vorrang. Notwendige bauliche Trennungen, längere Grünphasen für Fußgänger*innen und Schulstraßen bleiben aus.

Dabei zeigt der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, was möglich ist, wenn der politische Wille vorhanden ist. Zahlreiche Kieze wurden in den letzten Jahren verkehrsberuhigt und vom Durchgangsverkehr befreit. Am Lausitzer Platz oder in der Bergmannstraße zeigt sich, wie Stadtquartiere aufblühen können, wenn sich Menschen angstfrei bewegen können. Temporeduktion, Durchfahrtsperren und sichere Kreuzungen haben hier die Zahl schwerer Unfälle deutlich gesenkt.

Kontrollen, die nicht stattfinden

Doch neben verkehrsplanerischen Maßnahmen braucht es auch konsequente Kontrollen. In Berlin ist die Chance, für ein Verkehrsdelikt belangt zu werden, erschreckend gering. Ein Viertel aller Autofahrenden ist zu schnell unterwegs. Jährlich bleiben über 50.000 Bußgeldbescheide unbearbeitet, weil Personal fehlt. Gleichzeitig entgehen dem Land Berlin wichtige Einnahmen, die für die Verkehrswende dringend nötig wären. Eine Digitalisierung der Prozesse wäre überfällig.

Sicherheit beginnt mit Verantwortung

Fakt ist: In Berlin ist die größte Gefahr für Leib und Leben der Straßenverkehr. Noch immer müssen weiße Fahrräder als Mahnmale an Unfallorten aufgestellt werden. Was wäre, wenn der Regierende Bürgermeister und die Verkehrssenatorin persönlich erkennen würden, dass jedes Verkehrsopfer ein Mensch mit einer Geschichte ist? Ob sie dann zu ihren Versprechen stünden und handeln würden? Wer Sicherheit verspricht, muss auch den Straßenverkehr sicher machen.

■ *Antje Kapek, MdA, Sprecherin für Verkehrspolitik (Grüne)*

Mit Vollgas in die Klimakrise

Wie umweltschädliche Subventionen soziale Gerechtigkeit und unseren Planeten bedrohen

Deutschland steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Wirtschaft lahmt, die Infrastruktur ist marode – und die Politik diskutiert Sparmaßnahmen ausgerechnet bei den Schwächsten: beim Bürgergeld, bei der Entwicklungszusammenarbeit, bei sozialen Leistungen. Gleichzeitig aber fließen jedes Jahr über 65 Milliarden Euro in klimaschädliche und umweltschädliche Subventionen. Ein politischer Kurs, der nicht nur das Klima belastet, sondern auch soziale Ungleichheit zementiert.

Ein fossiler Geldregen für die Falschen

Das Umweltbundesamt hat es schwarz auf weiß: Die Subventionen kommen vor allem dem Verkehrssektor zugute – einem der größten CO_2-Verursacher in Deutschland. Allein die privilegierte Besteuerung von Diesel und Dienstwagen kostet den Staat rund 10 Milliarden Euro jährlich. Hinzu kommen Milliarden für die Entfernungspauschale, die Steuerbefreiung von Kerosin und eine reduzierte Mehrwertsteuer auf klimaschädliche tierische Produkte. Der ökologische Preis? Bis 2030 könnten dadurch zusätzliche 156 Millionen Tonnen CO_2 in die Atmosphäre gelangen – das entspricht dem jährlichen Ausstoß von über 30 Millionen Autos

Doch nicht nur das Klima leidet. Auch die soziale Ungerechtigkeitwird weiter angefacht. Die klimaschädlichen Subventionen kommen vor allem den wohlhabenden Menschen in unserem Land zugute – durch steuerlich geförderte Firmenwagen oder Vielfliegerei. Gleichzeitig spüren Menschen mit niedrigem Einkommen die Folgen der Klimakrise am härtesten: durch teurere Lebensmittel, schlechte Luft und Extremwetter.

Kritik gibt es genug

Schon 2022 hat der Bundesrechnungshof die Klimapolitik der Regierung scharf kritisiert: ineffizient, widersprüchlich und zu teuer. Die Empfehlung war eindeutig: klimaschädliche Subventionen abbauen. Doch stattdessen steuert die neue Bundesregierung aus CDU und SPD noch tiefer in die fossile Sackgasse:

- Dienstwagenprivileg: Noch teurer, noch absurder. Die steuerlichen Vorteile für große, teure Neuwagen mit Verbrennungsmotor – die vor allem vom obersten Einkommenszehntel genutzt werden – sollen weiterhin bestehen. Der Effekt: ein Anreiz zum Kauf großer, teurer Neuwagen – und das sogar mit Verbrennungsmotor! Auch die geplante Anhebung der Preisgrenze für geförderte E-Autos auf 100.000 Euro ist ein weiteres Geschenk für Besserverdienende. Ein Steuergeschenk für die Oberschicht – finanziert von der Allgemeinheit.
- Pendlerpauschale: Förderung für Stau statt Schiene. Je länger der Arbeitsweg, desto höher die Steuerersparnis – und je höher das Einkommen, desto größer der Nutzen. Jetzt soll die Pauschale sogar von 30 auf 38 Cent pro Kilometer steigen – ab dem allerersten Kilometer! Die Folge: Öffentliche Gelder fließen nicht in klimafreundliche Mobilität, sondern in noch mehr Autos auf den Straßen. Unsere Alternative: Ein Mobilitätsgeld, das auch das Deutschlandticket sowie eine Härtefallregelung beinhaltet.
- Agrardiesel: Die Ampel-Regierung wollte die Subvention streichen – jetzt will Schwarz-Rot sie beibehalten. Ein Rückschritt zulasten nachhaltiger Landwirtschaft.
- Flugverkehr: Luxus auf Kosten des Klimas. Die Steuerbefreiung für Kerosin und der Nullsteuersatz für internationale Flugtickets gehören zu den absurdesten Subventionen überhaupt – und sie kommen fast ausschließlich Vielfliegenden mit hohem Einkommen zugute. Eine ernsthafte Debatte über deren Abschaffung? Fehlanzeige.

Zeit für eine ökologische und soziale Zeitenwende

Wenn wir unsere Klimaziele erreichen und den sozialen Zusammenhalt stärken wollen, müssen klimaschädliche Subventionen endlich fallen. Es kann nicht sein, dass der Staat Milliarden für fossile Technologien ausgibt, während bei Bildung, Pflege, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit die Gelder zusammengestrichen werden.

Statt fossile Technologien zu fördern, müssen wir die freiwerdenden Mittel in eine klimafreundliche Zukunft investieren: in den Ausbau erneuerbarer Energien, den öffentlichen Nahverkehr und gezielte Entlastung für Menschen mit niedrigem Einkommen. So schaffen wir eine gerechtere Gesellschaft und geben kommenden Generationen eine echte Zukunft.

Es ist höchste Zeit, dass sich etwas ändert. Und dafür braucht es Druck – aus der Gesellschaft, aus den Parteien, von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Lasst uns gemeinsam laut werden!

■ *AG Verteilungsgerechtigkeit Grüne Xhain. Mehr Infos unter: www.gruene-xhain.de*

Grüner Kontakt in Xhain – www.gruene-xhain.de

Grünes Büro („Igelbau“)
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
Fon: +49 30 614 31 46
Kreis-Geschäftsführerin: Tinka Kurt
Bürozeiten: Di: 15:00-18:00 Uhr,
Do: 12:00-15:00 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss
Alena Dietl, Alina Zimmermann, Clara Kölmel, Jenny Laube, Kübra Beydaş, Milan Bachmann, Monika Herrmann

Treffen der Bezirksgruppe
Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr.
www.gruene-xhain.de/termine

Fraktion im Bezirksparlament
Yorckstraße 4-11 – 10965 Berlin
fraktion@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: +49 30 90 298 25 90
Fraktionsgeschäftsführerin:
Iris Burkhardt

Fraktionsvorstand: Vito Dabisch, Karl-Heinz Garcia Bergt, Sarah Jermutus, Olja Koterewa, Silvia Rothmund, Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin
Dirschauer Straße 13 - 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: +49 30 66 76 30 00
Treffen: Do 19:00 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion.berlin
Fon +49 30 2325-2401

Dr. Turgut Altuğ -2430
Marianne Burkert-Eulitz -2461
Werner Graf -2437
Antje Kapek -2401
Katrin Schmidberger -2474
Julian Schwarze -2444
Vasili Franco -2408
Daniel Wesener -2416

Wahlkreisbüros
Marianne Burkert-Eulitz,
Antje Kapek, Daniel Wesener
Wrangelstraße 92 – 10997 Berlin
Fon: +49 30 5210 1794
Dr. Turgut Altuğ
Großbeerenstr. 71, 10963 Berlin
Vasili Franco und Julian Schwarze
Kreutzigerstraße 8, 10247 Berlin
Fon: +49 30 2556 0770